

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 2. November 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfspaltige Zeile; Klausur-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamen einzeln 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 124

Von den Tarifverhandlungen

Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker ist seit dem 25. Oktober in Berlin versammelt, um in erster Linie über Schaffung eines neuen Lohnarfs zu verhandeln, nachdem der bisherige Tarif von beiden Tarifparteien geändert worden ist und mit Ende dieses Jahres seine Gültigkeit verliert. Daneben stehen u. a. zur Verhandlung: die so lange Erhöhung der bisher den Gehilfen gezahlten Steuerzulage; die Festlegung einer für das Buchdruckergewerbe gültigen Arbeitsordnung; Stellungnahme zu einer Lehrlingsordnung; einer Lohnausgleichsliste für Gehilfen mit hinführender Familie, zur Arbeitslosigkeit, zur Arbeitslosigkeit über den Tarif und Stellungnahme über Schaffung eines Wirtschaftsrats und eines Tarifrats für das graphische Gewerbe. Die Verhandlungen gestalten sich äußerst schwierig.

Nach dreitägiger Plenarverhandlung, in der bei jeder Verständigung zwischen den Tarifverteilern erzielt wurde, kam es zur Bildung von drei paritätischen Kommissionen, zu denen je zwei aus den Verhandlungsteilnehmern. Auf diese Kommissionen ist das gesamte Beratungsmaterial zwecks Vorberatung verteilt worden.

Die Kommissionen haben am vieren Verhandlungstage ihre Arbeit aufgenommen, aber am Abend desselben Tages laßen sie die Verhandlung weitlich fördern. Auf eine nicht vorübergehende in der Hauptkommission, die über Lohnfragen, Arbeitszeit u. dgl. zu verhandeln sollte, wurde irgendein Ergebnis, das dem Plenum als weitere Beratungsunterlage vorgelegt werden konnte, nicht erreicht.

Infolgedessen trafen beide Parteien am fünften Verhandlungstage früh zu getrennter Sonderberatung zusammen, um zur Lage wiederholte Stellung zu nehmen. Eine Klärung der Situation erfolgte aber auch durch diese Sonderberatung nicht. Infolgedessen traten am Nachmittag desselben Tages die Kommissionen wieder zu gesondelter Beratung der ihnen gestellten Aufgaben zusammen. Kurz vor Schluß des Verhandlungstages war jedoch in der Hauptkommission eine völlige Störung in der Beratung eingetreten, die zu einer entscheidenden Stellungnahme drängte. Die Folge davon war, daß die Vertreter beider Parteien in getrennter Erklärung abgaben, aus denen mit Bestimmtheit zu entnehmen war, daß nach Ansicht der Prinzipalität eine Einigung über die Höhe der Steuerzulage nicht möglich sei, weil nach ihrer Auffassung die Voraussetzungen dafür nicht vorhanden seien. Die Gehilfenvertreter erklärten demgegenüber, daß dann auch eine Fortberatung in den Kommissionen zwecklos wäre. Das Plenum wurde hierauf sofort zusammengerufen und demselben von der Sachlage Kenntnis gegeben. Im Verlauf der Verhandlung wiederholte der Geschäftsführer nochmals seinen bereits früher gemachten Vermittlungsvorschlag, begründete denselben eingehend und erluchte die Parteien, die Verhandlungen noch nicht als abgebrochen zu betrachten, sondern am nächsten Tage nochmals zur Beratung zusammenzutreten.

Das ist zwar gelassen, aber zu einer Verständigung ist es auch am letzten Tage nicht gekommen. Die Gehilfenvertreter erklärten deshalb, daß sie nunmehr das Reichsarbeitsministerium zu einem Schiedsspruch über Festlegung einer Erhöhung der Steuerzulage anrufen werden, nachdem prinzipiell abgelehnt worden war, dem Gehilfenantrage, das Tarifamt mit der Anrufung des Arbeitsamtes zu beauftragen, zu entsprechen. Damit sind die Verhandlungen zunächst bis nach Fällung des Schiedsspruchs unterbrochen.

Das Bureau des Tarifausschusses gibt in vorstehendem Artikel einen Überblick von dem Gang der Verhandlungen bis am Abend des 30. Oktober und bringt ihn in der Sach- und in der Tagespresse zur Veröffentlichung. Die Verhandlungsprotokolle der ersten Sitzungstage werden jedenfalls in der nächsten Nummer gebracht werden können, vielleicht auch der Schiedsspruch.

Gewerkschaftsrevue

Während die Arbeiterschaft im internationalen sozialistischen Zeitschriftenkampf ihre beste Kraft vergebend, vollzieht sich der Zusammenschluß des Unternehmens in um so schnellerem Tempo. In der diesjährigen Umwälzung ist es eine besondere Pflicht der Gewerkschaftsrevue, die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf den einheitlichen Aufbau ihrer wirtschaftlichen Bewegung zu lenken. In der Arbeiterschaft, voran in die, die Vereinigung der deutschen Arbeitergewerkschaften hat am 7. Oktober in Berlin eine Beschlusssitzung ab, in der die Aufnahme von 26 weiteren Verbänden genehmigt wurde. Es sind hier genaueren Vereinigung nach dem gegenwärtigen Stande 191 große Bezirke und Industrien zusammenfassende Verbände angeschlossen die in wie um in 110 Arbeitergewerkschaften leiten. Von der Gesamtorganisation werden 101500 Betriebe mit 6 Millionen Arbeitern erfaßt. Die entsprechenden Zahlen am 1. Januar 1920 waren 133 Verbände mit 575 Untereinheiten, 5263 Betrieben und 402142 Leitern. Der bisherige Zuwachs des laufenden Jahres übertrifft den vom Vorjahre bereits um ein Vielfaches. Die Ausbreitung erreichen die Fortschritte im inneren Ausbau der Bewegung der deutschen Arbeitergewerkschaften. Es bestehen zur Zeit die beschränkten Zusammenschlüsse, sechs Ausnahmestellen sowie vier eigene Landesstellen in Dresden, Weimar, München und Königsberg. Die Interessen der besetzten Gebiete, für die eine besondere Arbeiterschaft besteht, werden in der Gewerkschaftsrevue durch ein eigenes Belegblatt wahrgenommen. In größeren Verbänden sind die Vereinigung in der letzten Zeit beigetreten: Reichsverband Leinwand 3 aarenheißer, Deutscher Brauerbund, Zentralverband Deutscher Kartonnagefabrikanten, Bund der Textil- und Juteindustrien und Textilindustrie (D. T. J.), Vereinigung niederländischer Arbeitgeberverbände (Niederländischer), Bayerischer Textilindustrieverband (München), Zentralverband der Steinindustrie (München), Metallische Eisenverband (Eisen a. M.), Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Lohn- und Gehaltsgewerbes und Oberhessens (Gießen), Arbeitgeberverband für das Transport-, Handels- und Vertriebsgewerbe (Saarbrücken) und Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Reglerungsbezirks Sachsen.

Durch die Beibehaltung letzter Beweglichkeit beruhtlich oder territorial abgegrenzter Verbände vermeiden die Unternehmen eine zentralistische Überspannung der Organisationsform mit all ihren mannigfaltigen Nachteilen. Es liegen aber sehr das Schwierige darauf, daß die Einzelverbände in einheitlichem Geiste beeinflusst und geleitet werden durch eine Zentrale, in der alle Fäden zusammenlaufen. Es zeigt auch von politischem Instinkt, wenn in der Arbeitnehmerpresse neben der hellen Freude über den Zerlegungsvorgang in den Arbeiterorganisationen die Sehnsucht zum Ausdruck kommt, die Gewerkschaften möchten ebenfalls den Weg der politischen Organisationen gehen und sich spalten.

Angesichts der nicht minder imposanten Entwicklung der freien Gewerkschaftsbewegung mit ihrer über 8 Millionen befragenden Mitgliederzahl ist jene Sehnsucht der Arbeiter der begründet. Wenn erst dann, wenn der letzte und stärkste organisatorische Schritt der Arbeiterschaft zu rückwärts ist, können sich Kapital und Reaktion ungehindert ausbreiten. Vorläufig hat es damit noch gute Weile, wenigstens die Mühsal der „kommunistischen Zellen“ bereits traurige Zügel zu freier, beginnt, wie wir noch zeigen werden. Werken wir zunächst einen Blick auf das rapide Anwachsen der freien Gewerkschaften im Jahre 1919. Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände betrug zu Beginn des vorigen Jahres 2866012, davon 666392 weibliche Mitglieder. Viele Zahl liegt bis zum Ende des Jahres auf 7338123 (1612636 weibliche). Es wurden also fast viermal so viele Millionen neue Mitglieder aufgenommen. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 5479073, gegen 1648313 im Jahre 1918. Die Zahl der angeschlossenen Verbände betrug im vorigen Jahre 52, gegen 43 im Jahre 1918. Sie waren noch etwas größer gewesen, wenn nicht einige Verschmelzungen stattgefunden hätten. Die Zahl der Zweigvereine betrug 23:62 gegen 10044 im Jahre vorher. Sie hat sich also ebenfalls mehr als verdoppelt und zeigt besonders deutlich, welche gewaltige Wertarbeit die Ge-

werkschaften noch neben ihrem wahrhaftig nicht geringen Maß anderer Arbeit geleistet haben. Die Gesamteinnahme betrug 2473068,38 Mk., die Gesamtausgabe 201408709 Mk. Ausgegeben von den für Unterhaltungen 4494279 Mk., für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 45300,49 Mark, für Bildungszwecke 15609812 Mk., für Agitation, Propaganda, Veranlassungen, Verdienungen usw. 36207477 Mk. Von den Verwaltungskosten der Zentralverbände entfielen 6984344 Mk. auf persönliche und 5484917 Mk. auf sachliche Ausgaben. Das Vermögen (mit Ausnahme der Verbände der Hotelangestellten und der Metallarbeiter) bezifferte sich auf 133180009 Mk., davon in den Hauptstellen 107533081 Mk. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß auch der Geldverkehr bei den Gewerkschaften sich ganz wesentlich entwickelt hat, daß aber auch ihre Klassenrichtigen Ansprüche gewachsen sein müssen zur Durchführung der allgemeinen und besonderen Aufgaben der Gewerkschaften. Unter den Einwirkungen des Krieges und der dadurch verursachten wirtschaftlichen Umwälzung hat der Aufgabenkreis der Gewerkschaften eine wesentliche Erweiterung erfahren. Mit der früher erzielten und erlangten Erzielung des Nominallohns kann es in Zukunft nicht allein sein zu wenden haben, wenn man nicht, wie die Kaufkraft des Lohnes zurückgeht. Aber selbst bei einer (für absehbare Zeit kaum zu erwartenden) Steigerung des Reallohns darf das Ziel noch lange nicht als erreicht gelten, das wir als angeklärte, denkende Arbeiter erkennen. Solange der Handels- und Unternehmerrückgang im Verhältnis zum Reallohn noch mehr steigt als der, sinkt naturgemäß der relative Anteil des Arbeiters an Mehrwert seines Arbeitsprodukts. Mit dieser Erkenntnis ist die Aufrollung des großen wirtschaftspolitischen Problems unüberwindlich deutlich, das angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis unseres Landes gelöst werden muß. Die Gewerkschaften werden die Träger des wirtschaftlichen Umwälzungsprozesses zu einer sozialistischen Produktions- und Bedarfswirtschaft bilden. Zur Durchführung dieser mit Hilfe der Betriebsräte zu bewältigenden hochzeitigen Aufgabe bedarf es aber nicht bloß der Fähigkeit, die eignen Kräfte im Hinblick auf alle entgegenstehenden Hindernisse gewissenhaft abzuklären, sondern in noch weit höherem Maße der Mitarbeit aller organisierten Arbeiter. Mögen diese politisch auch noch so verschiedenartig denken, im Wirtschaftskampfe bietet sich eine gemeinsame Grundlage.

Wer angesichts der großen Machtkämpfe zwischen Kapital und Arbeit, wie sie in Italien und England bereits begonnen haben, und wie sie auch in Deutschland unausbleiblich sein werden, die gewerkschaftliche Einheitsfront unterwirft, der treibt Schindluder mit den Interessen der Arbeiterschaft. Wie wir in der Parteipresse lesen, beginnen bereits an verschiedenen Orten neue und allkommunistische ihre Tätigkeit in den Gewerkschaften nach dem berüchtigten Moskauer Diktat einzurichten. Dämmig hat keine Berliner Gewerkschaften aufgefordert, in den Gewerkschaften strikte nach dem kommunistischen Programm zu arbeiten. Ferner verpflichtete eine Versammlung der Neukommunisten in Halle a. d. S. ihre Mitglieder, in den Gewerkschaften für ein klares Bekenntnis zur dritten Internationale von allen Vorstandsmitgliedern der einzelnen Gewerkschaften sowie der Kartellvertreter sofort Sorge zu tragen, diejenigen Gewerkschaftsfunktionäre, welche aus politischen Gründen, aber sofort zu veranlassen, ihre Posten niederzulegen. Von der Leitung der KPD, in Eilen wurden deren Genossen im Transportarbeiterverbände durch ein Rundschreiben aufgefordert, sich sofort zur Fraktion zusammenzuschließen und alle Adressen der zur Opposition stehenden Genossen und der zuverlässigen Genossen der KPD, der Bezirksleitung mitzuteilen. Ähnliche Vorgänge werden aus anderen Gegenden bekannt.

Erkennen was ist! Das ist der Schluß, den jeder aus solchen parteipolitischen Veranlassungen ziehen muß, der sich den Blick für das praktische Mögliche und Erreichbare nicht trüben lassen will. Besser als Worte vermögen Taten davon zu überzeugen, daß nur dort, wo Einigkeit herrscht und Vernunft waltet, eine wirkliche Klassenkämpfung möglich ist. Die Klassenkämpfe in Italien und England bieten lehrreiche Beispiele dafür. Beide Kämpfe wählten zu harten Nachproben zwischen Kapital und Arbeit aus und lassen deutlich das große kulturelle Ziel erkennen, um das die Gewerkschaften aller Länder früher oder später den Kampf werden aufnehmen müssen.

Der Schwerpunkt der ganz Italien umfassenden Lohnbewegung der Arbeiter der Maschinen- und Metallindustrie lag in der Befreiung der Betriebe

durch die Arbeiter. Der Kampf um dieses hohe Ziel
bietet zwar ein hohes Magnis, bei dem von der Ar-
beiterschaft alles auf eine Karte gesetzt wurde, aber er-
freulicherweise war dank des geschlossenen Vorgehens ein
Etag zu verzeichnen. In der italienischen Metallindustrie,
die in der Lombardie, in Piemont und Ligurien heimlich
ist beherrschenden millionenreiche Fabrikanten die Situation.
Sie hatten es immer verstanden, die Löhne niedrig zu
halten, um den Arbeitern nur das bescheidenste Prolet-
ariatelohn zu gönnen. Begehrlicherweises kamen unter
solchen Umständen die Vermögensgüter der Arbeiter und
Kapitalisten besonders schwer zur Geltung, und der belä-
stigte und impulsive Charakter des Italiens ließ oft
aus ganz geringen Anlässen große Zwistigkeiten entstehen.
Die Metall- und Eisenindustrie Italiens hat stets nur ein
künstlich erhaltenes Dasein geführt. Schon in der Zeit
vor dem Krieg fehlte es dem Land an Eisen und Stöbe.
Die Regierung war nur imstande, durch Unterbrechung der
ausländischen Einfuhr ein in der Form hoher Schutzzölle
auf die Einfuhr fremder Produkte die eigene Industrie zu
erhalten. Der Krieg veranlaßte einzig nur die Herstellung
von Waffen und Munition. Die Kapitalisten bereicherten
sich ungemein und auf leichte Weise. Sie waren auch
immer sehr bescheiden vor dem Krieges, dessen unvorher-
gesehenes Ende ihre Pläne zerstörte. Die Fabriken standen
plötzlich ohne Arbeit. Die Industriellen waren Kriegs-
gewinnler geworden, die nicht Millionen, sondern Mil-
lionen verdient hatten. Die Krise in der Volkswirtschaft,
die Verteuerung des Lebens und monatelange Arbeits-
losigkeit führten zu einer allgemeinen Enttäuschung. Eine heilige
Bewegung gegen die Kriegsgewinnler entstand. Die In-
dustriellen haben ihre Reklamationen in Gefahr, denn die Re-
gierung besteuerte die ungetriebenen Gewinne in harter
Weise. Die bedrohliche Kapitalisten verringerten die Tätig-
keit in den Betrieben in beträchtlichem Ausmaß. Sie
verweigerten der erkrankten Arbeiterschaft die nur zu be-
rechtigten Lohnforderungen. Die Ausrede mit der aus-
sichtlosen Konkurrenz, die Kohlen- und Eisenkrise muß
herhalten. Verhandlungen wegen der Löhne und anderer
wirtschaftlicher Fragen wurden monatelang hinausgezogen.
Als die Möglichkeit eines Vergleichs gescheitert war,
griffen die Arbeiter zur Selbsthilfe, nahmen von den Ar-
beitswerkzeugen und den Fabriken Besitz und übernahmen
selbst die Produktion. Die Regierung versicherte kluger-
weise den großen wirtschaftlichen Streit zwischen Kapital
und Arbeit nicht mit Gewaltmaßnahmen.

Mit der Übernahme der Betriebe war die Lösung des
Krisenfalls jedoch noch nicht herbeigeführt. Der Kampf der
Arbeiter war vielmehr in eine neue Phase eingetreten.
Die Taktik der Selbstregierung, eine Kluge in gewis-
schafflichen Kämpfen, war für die Arbeiter viel schwieriger
und opferreicher als ein gewöhnlicher Streik. Sie mußten
arbeiten, ohne Lohn zu erhalten. Die Unternehmer konnten
sich wohl der Selbstnahme ihrer Fabriken durch die Ar-
beiter nicht erwehren, aber in den Kassen war kein Geld
zu finden, und die Banken hatten in drückender Über-
einstimmung mit den Unternehmern den Kredit gesperrt.
Dennoch haben die Arbeiter zwei Wochen ausgehalten
und es ist trotz aller Erregung eigentlich kein Blut
gefloßen. Die Regierung drückte den Widerstand der Un-
ternehmer nieder, indem sie, dem Verlangen der Arbeiter
nach einer Kontrolle über die Betriebrechnung fragend,
die Einsetzung einer paritätischen Kommission anordnete,
welche die Organisation der Industrie auf der Grundlage
der Mitwirkung der Arbeiter an der technischen und
finanziellen Kontrolle oder an der Verwaltung des Be-
triebes aufbauen soll. Damit waren die Unternehmer in
eine Zwangslage geraten. Ihr weiterer Widerstand war
unmöglich. So bewilligten sie schließlich auch Lohnauf-
schläge, die den Arbeitern eine Verbesserung ihrer Lebens-
haltung und eine Genugtuung für den heissen Kampf er-
trugen. Ein Betriebsrätegesetz wird nun auch in Italien
entworfen. Ein Schmerz des Zugeständnis für die Arbeiter
lag allerdings in dem Verzicht auf die Bezahlung der
Arbeitslöhne während der Beziehung der Betriebe.

Obwohl es während des Kampfes bei seiner Heftig-
keit, Wichtigkeit und Bedeutung natürlich nicht an auf-
regende Vorkommnisse fehlte, blieb er doch auf das ge-
wöhnliche Gebiet beschränkt. Das war ein Gebot
der Klugheit und muß eine warnende Lehre für gleich-
artige Kämpfe in anderen Ländern bilden. Die italienischen
Arbeiter haben es verstanden, die kritische Lage des Gegners
geschickt auszunutzen, ihre Forderungen mit Ernst und
Bermut zu beschränken, die Produktionsmittel verständig
und sorgfältig zu verwalten und das Sinecristen poli-
tischer Gedanken in den großen Kampf zu vermeiden, ob-
wohl dies von anderer Seite mit Vehementheit versucht
worden ist. Die Lehre aus dem Kampfe der italienischen
Metallarbeiter kann nur sein, eine Sozialisierung der Be-
triebe erst dann zu beginnen, wenn die Herbeiführung
der Rohprodukte von den Arbeitern selbst sichergestellt ist,
wenn gleichzeitig die Abhängigkeit der Produktion von
Waren gegeben erscheint und wenn die Entschädigung der
Arbeiter und Anreiz für ihre Leistungen nicht ge-
fährdet ist. Die Besetzung für die Stillung der roten
Fabriken auf den Dächern der „eroberten Betriebe“ und
das Anheften des berühmten gewordenen roten Sternes an
den Fabriken als Symbol der Macht der Arbeiterschaft
vermag die Arbeiter nicht über die Schwierigkeiten hin-
wegzubringen, die sich in der Material- und Kreditkrise
bei solchen Anlässen auswirken. So sehr man sich der ge-
lungenen Kraftprobe der italienischen Metallarbeiter auch
freuen mag, die Überwindung der im Wege stehenden
Hindernisse anderer Art sind eine Vorbedingung für eine
Nachahmung dieses Beispiels in anderen Ländern. Die
angewandte Methode des Kampfes wird stets abhängig
sein von der Beschaffenheit der gegebenen wirt-
schaftlichen und politischen Lage. Die Erwartungen der

Arbeiter sollten also weniger darauf gerichtet sein, in einem
anderen Lande in gleicher Weise vorzugehen als vielmehr
darauf, durch den Einfluß auf die Produktion durch die
Kontrolle der Betriebsführung den Kapitalismus zu ent-
thronen. Die wirtschaftliche Lage eines Landes ist für die
Durchführung von bestimmten Aktionen von mindes-
tenso großer Bedeutung, wie der einmütige Wille und
der feste Entschluß der Arbeiter, das Wirtschaftsleben des
Landes auf eine andere Basis zu stellen. Den Einfluß der
gewerkschaftlichen Organisationen zu kräftigen, die unbeding-
te Einhaltung der Disziplin und das Bekunden eines
einmütigen und geschlossenen Willens, diese Erkenntnisse
müssen das Ergebnis einer kühl abwägenden Betrachtung
der jüngsten Vorgänge in Italien bilden.

Wenn schon von dem Kampfe der italienischen Metall-
arbeiter gesagt werden kann, daß sie alles taten, um in
gewerkschaftlicher Beziehung nicht daneben zu bauen und
einen Stolz in die Luft zu vermeiden, so trifft das in noch
höherem Grad auf den gegenwärtigen Kampf der eng-
lischen Bergarbeiter zu. Die englischen Gewerkschaften
haben ja bisher in kluger Verteilung der wirtschaftlichen
Zusammenhänge bei ihren Aktionen niemals das Gefühl,
indem immer nur den Verstand obwalten lassen. Eine
abschließende Betrachtung der gewaltigen Massen umfassen-
den Bewegung ist natürlich noch nicht möglich, nur ein
kleiner Überblick über den gegenwärtigen Stand. Es
handelt sich in erster Linie um eine Lohnmehrung von
2 Schilling pro Schicht, die angesichts der gewaltigen
Steigerung der Kosten des gesamten Lebensunterhalts eine
beachtliche zu nennen ist. Der Durchschnittslohn der Ge-
samtheit beträgt 16 Schilling 6 Pence pro Kopf
und Schicht; er ist seit 1914 um 155 Proz. gestiegen. Die
Kohlenförderung ist gegen die Vorkriegszeit um 47 Mil-
lionen Tonnen pro Jahr zurückgegangen. Die Arbeiter
sind bereit, alle Kräfte für eine Steigerung der Förderung
einzusetzen, sie verlangen jedoch eine Mitkontrolle der Be-
triebe. Nach neueren Meldungen ist zwischen Vertretern
der Regierung und den Bergarbeiterführern eine Einigung
auf folgender Grundlage zustande gekommen: Die Berg-
arbeiter erhalten die geforderte Lohnhöhung und ver-
pflichten sich, für eine Erhöhung der Kohlenproduktion zu
sorgen. Die Regierung wird für eine Verbesserung der
Bergwerksbetriebe sorgen. Ob dieser Einigungsvorschlag
Annahme bei der Arbeiterchaft finden wird, steht noch
dunkel. Es bleibt ihm so zweifelhafter, als mit der Be-
willigung der geforderten Lohnhöhung eine Umwidmung
des ganzen Lohnvermögens im englischen Bergbau verbunden
sein soll. Ein von beiden Parteien unterfütterter prinzipieller
Vorschlag läuft angeblich darauf hinaus, daß die Löhne
nicht nach der geforderten Menge Kohle berechnet werden
sollen, sondern nach den erzielten Gewinnen, und zwar
sowohl die Bergarbeiter besonders Wert darauf zu legen,
daß diese Berechnung auf Grund der Gewinne, die mit
der Ausfuhrkohle gemacht werden, zu erfolgen hat und
Lohnhöhungen aus diesen Gewinnen zu zahlen sind.
Auf dieser Berechnungsgrundlage würden die Bergarbeiter-
löhne in eine viel geregeltere Beziehung zu dem im Be-
trieb gemachten Gewinnen gesetzt werden, als wenn ledig-
lich feste Prämien auf die erhöhte Förderung gezahlt
würden. Das ist ja der Zweck der sogenannten Sozial-
isierung auf altem Wege. Ein von den Bergarbeitern
vorgeschlagenes Rationalisierungsverfahren wird am
1. Januar 1921 nach einem weitläufigen Schema die Be-
rechnung der Löhne vornehmen. Eine selbstverständliche
Folge davon wird sein, daß an diese Berechnung auch die
Söhne der Unternehmerrgewinne gebunden ist. Einer an-
scheinend vertriebenen Meinung des „Manchester Guar-
dian“ zufolge soll die Wiederaufnahme der Arbeit bereits
am 1. November erfolgen, nachdem von der Regierung
eine sofortige Lohnhöhung von 2 Schilling gewährt worden
ist. Das Erziehungskomitee der Bergleute soll sich bereit
erklärt haben, die Verantwortung für die Steigerung der
Kohlenförderung auf sich zu nehmen. In der „Kohlen-
Bombe“ wurde bei der Widergabe obiger Meldung sofort das
schwerste Geschütz aufgeführt, indem von einem Verfall
der englischen Gewerkschaftsbureaus durch ein Ab-
kommen mit der Bourgeoisie gesprochen wurde, das den
Zweck habe, die mächtige Bewegung der Bergarbeiter
abzuwürgen. In England wird eine solche vorläufige Be-
urteilung vermutlich um so weniger Eindruck machen, je
mehr man dort von der Richtigkeit des eingeschlagenen
Weges zur Sozialisierung überzeugt ist. So viel steht
schon heute fest, daß das privatkapitalistische Wirtschafts-
system in England nicht etwa gefährdet aus dem Nie-
derkampf zwischen Kapital und Arbeit hervorgeht wird.

Im Hinblick auf die Tatsache, daß die deutsche Ar-
beiterchaft gewonnen ist, im Kampfe für die Sozialisierung
des Kohlenbergbaues in Deutschland ihre ganze Stohkraft
einzusetzen, werden jedenfalls die Kämpfe um das gleiche
soziale Problem in Italien und England auf dem Inter-
nationalen Gewerkschaftskongress eine hervor-
ragende Rolle spielen, und sei es auch nur, um daraus
zu lernen. Der Kongress sollte ursprünglich in Brüssel
stattfinden, er wird aber in London zusammenkommen. Da
die amerikanische Gewerkschaftszentrale mitteilte, daß ihre
Vertreter wegen der Präsidentschaftswahl am 8. November
nicht in Europa eintreffen können, wurde der Beginn des
Internationalen Gewerkschaftskongresses auf den 22. No-
vember verschoben. Auf einer kürzlich abgehaltenen
Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Ge-
werkschaftsbundes wurde die Wahl der deutschen Delegier-
ten vollzogen. Die Wahl geschah nach Industriegruppen
und hatte folgendes Ergebnis: Für die Gruppe
Baugewerbe, keramische und Glasindustrie Paepflow (Bau-
arbeiterverband), Stellvertreter Ertzine (Malerverband);
Nahrungs- und Genußmittelindustrie Fabrikarbeiter Schmidt
(Candarbelleverband), Stellvertreter Bren (Fabrikarbeiter-
verband); Graphische Gewerbe, Papierindustrie, kunstferti-

gerische Gewerbe (Buchdruckerverband), Stellvertreter Hau-
eisen (Büchlerverband); Bekleidungs-, Textil- und
Lederverindustrie Simon (Schumacherverband), Stellvertreter
Tiede; (Textilarbeiterverband); Handels- und Verlehrs-
gewerbe, Gemeinde- und Staatsarbeitsverhältnisse (Eisen-
bahnerverband), Stellvertreter Urban (Mineralienverband);
Bergbau, Metall- und Holzindustrie Dismann (Metall-
arbeiterverband) und Hue (Bergarbeiterverband), Stellvertreter
Klebe (Maschinen- und Feinwerkzeuge) und Tarnow
(Holzarbeiterverband). Die vier Hauptpunkte der Tages-
ordnung des Internationalen Gewerkschaftskongresses werden
sein: Sozialisierung, Monopole, Valuta, der Kampf gegen
die Reaktion.

Im engsten Zusammenhange mit diesen Beratungs-
punkten des Londoner Kongresses beschäftigte sich die 1. Le-
gung des 3. Internationalen Gewerkschaftsbundes in
Amsterdam, an der als Vertreter der deutschen Gewerkschaften
Karl Reizen und Peter Großmann teilnahmen, mit den Folgen
einer eventuellen Belegung des Ruhrgebietes durch die Entente für die weitere Ent-
wicklung der mitteleuropäischen Lage. Es wurde be-
schlossen, sofort eine Abordnung der internationalen Ge-
werkschaftszentrale in das Ruhrgebiet zu entsenden, um
sich an Ort und Stelle über den Stand der Dinge zu in-
formieren. Der holländische Gewerkschaftsführer Timmer
erklärte in einer Unterredung, daß man nach Ansicht des
Internationalen Gewerkschaftsbundes gar nicht ernst genug
über die Gefahr denken könne, die durch die Belegung
des rheinisch-westfälischen Kohlen- und Industriegebiets
entstehen würde. Wirtschaftliche Desorganisation und das
mit die Anarchie in Deutschland würden die unmittelbare
Wirkung sein, aber in der Rückwirkung würde ganz
Europa und am schwersten die Arbeiterschaft in allen ihren
Teilen betroffen werden. Die Nichtbelegung des Ruhr-
gebietes sei eine elementare Voraussetzung für den Wiede-
raufbau ganz Europas. Das sei eine Grundüberzeugung
der internationalen Gewerkschaftspolitik, und sie machte
begreiflich, daß die Mitglieder der Zentrale des Verbandes
sich an den bedrohlichen Punkt zu begeben wünschten. Der
Internationalen Gewerkschaftsbund werde alles tun, was
ihm möglich sei, um die Belegung des Ruhrgebietes abzu-
wenden.

Von neuem zeigt sich in all den hervorragenden wirt-
schaftspolitischen Betätigungen der Gewerkschaften aller
Länder, daß auf ihrer Seite der feste Wille besteht, über
die engeren gewerkschaftlichen Ziele hinaus die Kraft
der Arbeiterklasse zur vollsten Entwicklung zu bringen
und diese Kraft zur Tat werden zu lassen. Immer klarer wird es,
daß die Gewerkschaften, die nach der Revolution in gewissen Kreisen zur Bewe-
sungslosigkeit verdammt wurden, die eigentlichen Träger
der sozialen Entwicklung des Wirtschaftslebens bilden.
Als solchen steht ihnen noch eine große Zukunft bevor.
Trotz deshalb allen Spaltungsverlusten ent-
schlossen entgegen, stärkt und läßt die gewerkschaftliche
Einheitsfront!

Internationale Arbeit

Weltwirtschaft, Volkswirtschaft, Stadtwirtschaft, Haus-
wirtschaft und individuelle Wirtschaft sind theoretische Be-
griffe oder geistige Grundlagen des Verständnisses der
wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aus der groben
Vorgehens in unirechtlich-schwerer Gegenwart, wie auch
für die Zukunft des Menschengebietes. Von Weltteil zu
Weltteil, Land zu Land, Ort zu Ort, Haus zu Haus,
zwischen Verhättnis und Volk, von Hand zu Hand, Familie
zu Familie, Stamm zu Stamm, Volk zu Volk, von der
einzelnen Persönlichkeit bis zum Gesamtbegriff der Mensch-
heit erschließen sich in diesen Begriffen die mehr oder
weniger zusammenhängenden, aber letzten Endes doch
gänzlich unlöslichen Verbindungen aller materiellen und
geistigen Beziehungen und Abhängigkeiten der menschi-
lichen Wirtschaft oder des menschlichen Lebens als un-
unterbrochener Kampf ums Dasein. In der hier gewählten
Vorstellung des Ganzen gegenüber seinen einzelnen
Gruppen, Teilen, Gliedern und Jellen müssen wir den
geistigen Ausdruck einer universellen Erweiterung menschi-
lichen Denkens und Strebens erblicken, das über sich selbst
hinauswirken will, weil das eigene subjektive Wirken sich
beengt und gememmt fühlt, nach außen wie nach innen.
Der gegenwärtigen wirtschaftlichen Ausbildung und In-
flation folgt gewissermaßen eine geistige mit allen ihren
Licht- und Schattenseiten. Das unzweifelhafte Übermaß
der weltwirtschaftlichen oder auch internationalen Auf-
blähung hat mit dialektischer Wirkungskraft eine geistige
Gegenwirkung hervorgerufen, die nach einer ebenbürtigen
oder noch stärkeren Korrektur der den einzelnen Menschen
über den Kopf gewachsenen wirtschaftlichen Mächte oder
des sogenannten Materialismus sucht, und zwar im Idealis-
mus einer internationalen sozialen Kulturbewegung.

Ob wir diese neuzeitliche geistige Strömung mit den
geographisch-sozialen Sausbildern Moskau, London,
Paris, Rom, Peking oder New York zu decken oder zu
stimulieren versuchen, es bleibt sich im Grunde genommen
gleich: Es ist der Gedanke „Internationaler Arbeit“, der
mit allen möglichen Entschärfungen aus diesen Kultur-
zentren aller Himmelsrichtungen hervorbricht. Ihn in
seiner vollen Tragweite für unsere gewerkschaftlichen Auf-
gaben und Ziele zu erfassen, scheint uns unerlässlich, wenn
wir nicht Gefahr laufen wollen, vor lauter Bäumen den
Wald nicht zu sehen, d. h. uns ganz gründlich zu verirren.
Ein Schaubild zur leichtesten Erläuterung dieses inter-
nationalen Problems bietet uns ein am 18. Oktober d. J.
gehaltener Vortrag des ehemaligen französischen Munition-
ministers Albert Thomas und gegenwärtigen Direktors
des Internationalen Arbeitsamts (Genf) im preußischen
Herrenhaus in Berlin vor einer großen Anzahl Verehrer

aller maßgebenden deutschen Gewerkschaften. Da uns Gelegenheiten geboten war, den in französischer Sprache gehaltenen Vortrag selbst zu hören, so sind wir auch in der Lage, nicht nur dessen sachlichen Teil weiterzugeben, sondern damit auch gleichzeitig die dabei gewonnenen persönlichen Eindrücke und Überlegungen zu verbinden.

Einberufen war die betreffende Versammlung durch die oberrheinische Arbeiterkammer aller freien deutschen Gewerkschaften, durch den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes; erschienen waren nicht nur zahlreiche Vertreter der freien Gewerkschaften, sondern auch der Angestelltenorganisationen, der christlichen und der kirchlich-sozialistischen Gewerkschaften. Es war also gewissermaßen eine kleine „Nationalversammlung“ der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen, die zum erstenmal in der ehemaligen Kaiserreichshauptstadt der preussischen „Hohensteine“ sowie sonstiger sozialreformeller und sozialdemokratischer Zentren zusammengekommen waren, aus dem Mund eines Stammesgenossen des sogenannten „Erbfeindes“ Worte des Friedens zur internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Arbeiterkampfes zu hören. Mit wenigen Worten eröffnete Legien, der von links wie rechts wohl am meisten Gehörte und gefürchtete Gewerkschaftsleiter, die Versammlung und erläuterte kurz und bündig Charakter und Entstehung des Internationalen Arbeitsamtes, als organisatorisches Glied des Internationalen Völkerbundes, der durch den Versailler Friedensvertrag aus der Taufe gehoben wurde. Dem Völkerbunde gehöre zwar Deutschland noch nicht an, dafür sei es aber gleichberechtigt dem Internationalen Arbeitsamt angegeschlossen. Das Internationale Arbeitsamt sei zwar die Frucht internationaler Gewerkschaftsbewegung, aber dennoch keine gewerkschaftliche Institution. Wobei erwähnte er auch, daß seinerzeit die deutschen Vertreter sehr wohl am Washington Kongress für internationalen Arbeiterkampf hätten teilnehmen können, wenn nicht die deutsche Regierung die Arbeitslosigkeit der Delegationen verweigert und schließlich durch vorzeitige Rückverlegung vollständig verhindert hätte. Um so erfreulicher sei es daher, daß trotzdem Deutschland im Hauptquartier des Internationalen Arbeitsamtes sowohl durch einen Arbeitervertreter wie durch einen Regierungsvertreter gleichberechtigt zugelassen sei.

Hierauf entrollte Direktor Thomas nach einer kurzen Erläuterung der Vorgeschichte des Organisations- und Aufgabenplan des Internationalen Arbeitsamtes. Das Amt hat seine Gründungsurkunde im Artikel 13 des Versailler Friedensvertrages, der nach den Forderungen der Konferenzen des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Leeds (1916), Stockholm (1917) und Bern (1917) auf Veranlassung einer internationalen Arbeiterkammer Rechnung zu tragen suchte. Es besteht danach die internationale Organisation für den Arbeiterkampf aus zwei Organisationen: der Hauptversammlung und dem Internationalen Arbeitsamt. „Die Hauptversammlung, die zweimal im Jahre zusammentritt, entscheidet jeder Mitgliedsstaat außer den Regierungsvertretern in einen Unternehmern- und Arbeiterdelegierten. Diese beiden Vertreter sind aus den maßgebenden Berufsverbänden zu ernennen, worüber sich schon mancherlei Differenzen ergeben haben. Es sei nicht in allen Ländern leicht, in dieser Frage eine befriedigende Lösung zu finden. Besonders für Frankreich sei gegenwärtig dieses Problem sehr kritisch, da der französische Gewerkschaftsbund von der Regierung verfolgt werde. Das erwiderte z. B. eine geordnete Zusammenarbeit der französischen Gewerkschaften mit dem Internationalen Arbeitsamt. Die Hauptversammlung habe das Recht, Beschlüsse zu fassen und Vorschläge zu machen. Werden die Beschlüsse von den angeschlossenen Staaten ratifiziert, so sind sie gleich Staatsverträgen von bindender Kraft. Die Vorschläge dagegen lassen den einzelnen Staaten Freiheit, ob sie sie beachten wollen oder nicht. Auf der Friedenskonferenz wurde von den Arbeitervertretern geordert, daß die Beschlüsse der Hauptversammlung ohne weiteres bindende Kraft für alle Staaten des Völkerbundes haben sollten. Dagegen erhoben jedoch einzelne Regierungsvertreter Bedenken, weshalb diese Forderung nicht anerkannt wurde. Die Beschlüsse der Hauptversammlung müssen innerhalb Jahresfrist den zuständigen Parlamenten der einzelnen Staaten vorgelegt werden; wobei es den Parlamenten freisteht, ob sie überhaupt dazu Stellung nehmen wollen. Daraus entstehen für das Internationale Arbeitsamt besondere Schwierigkeiten. Auch bei der deutschen Regierung mußte der Referent schon zweimal in dieser Hinsicht persönliche Vorstellungen erheben. Zum gleichen Zweck fuhr er jetzt nach Prag und Warschau. Das Internationale Arbeitsamt selbst bestche aus zwei Abteilungen; aus einer diplomatischen und einer wissenschaftlichen. Die diplomatische Abteilung regelt die Beziehungen zu den einzelnen Ländern und bereitet die Tagesordnungen für die Hauptversammlungen vor. Die wissenschaftliche Abteilung sammelt das Material aus den einzelnen Ländern über die Arbeitsverhältnisse, verfaßt den Nachrichtenendienst und stellt die Veröffentlichungen zusammen. Es erst eine ein wöchentliches „Mitteilungsblatt“, ferner werden nach Bedarf Studien und Dokumente herausgegeben. Ein besonderes Stabmitglied des Direktors hält die Beziehungen zu den einzelnen Ländern aufrecht und besondere Abteilungen befassen sich mit Spezialfragen wie Arbeitslosigkeit, Wanderung, Landwirtschaft, Bolschewismus u. u. und zwar unter der Leitung von Spezialisten. Mit ständiger innerer Befriedigung hob der Referent sodann noch das besonders rege Interesse und die Mitarbeit aller deutschsprachigen Arbeiterverbände an den Aufgaben des Internationalen Arbeitsamtes hervor. Von 25 Millionen Arbeitern, auf das hier zur Zeit sein Tätigkeitsbereich erstreckt, sind 10 Millionen in Ländern deutscher Sprache; daraus ergebe sich eine große Abhängigkeit des Amtes von diesen Ländern und die Notwendigkeit, neben der englischen und französischen auch die

deutsche Sprache als Amtssprache für die Publikationen usw. einzuführen. Gegenüber arbeitereindlichen Äußerungen der „Deutschen Arbeiterschaft“ wies Thomas darauf hin, daß jeder Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterkampfes sich sehr fördernd auf die Arbeitsleistung gewirkt habe. Die vorläufige deutsche Sozialgesetzgebung habe schon vor dem Kriege der Arbeitsleistung keinen Abbruch getan. Die Richtigkeit dieses Satzes auch für die Zukunft zu beweisen, sei Sache der deutschen Arbeiterschaft, der er in dieser Hinsicht größtes Vertrauen entgegenbringe. Zum Schluß betonte der Redner jedoch noch, daß die ganze Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes weit weniger von Gesetzesbestimmungen als von dem Welt abhängige sei, der diese Gesetze erst lebendig macht. Wenn die öffentliche Meinung oder die Arbeiterschaft in den einzelnen Ländern das Amt nicht unterstütze, bleibe die ganze internationale Arbeiterschaft ein toter Buchstabe. Die Bedeutung des Amtes für die Arbeiterschaft zeige sich am deutlichsten darin, daß z. B. einem immer größeren Vertrauen der Arbeiterschaft zu dem Internationalen Arbeitsamt ein stärkeres Mißtrauen von Unternehmern gegenüber trete. Und während in Japan und Indien die neueren Arbeiterschutzmaßnahmen nach den Beschlüssen des Arbeitsamtes durchgeführt werden, erhob in letzter Zeit die englische Zeitung „Morning Post“ den Vorwurf, daß das Internationale Arbeitsamt auf die Revolution hinarbeite.

Es schloß also diesen Darlegungen gewiß nicht an Momenten, die im Interesse der Arbeiterlagen als sehr beachtenswert beurteilt werden können. Wenn trotzdem die Aufnahme dieses Vortrages durch die Versammlung eine ziemlich zurückhaltende war, was auch durch eine kurze Diskussion bzw. Fragestellung durch nur drei Redner nicht verwickelt wurde, so zeigte sich darin der kühl und besonnen abwägende gewerkschaftliche Geist. Man nahm die Sache hin als eines der vielen Hilfsmittel, die gewerkschaftlichen Bestrebungen dienlich sein, niemals aber als Allheilmittel angesehen werden können. Selbst die kurzen Fragen der Diskussionsredner waren mehr kritisch als sympathisch. Bei aller Sympathie für das gewiß ehrliche Bestreben der maßgebenden Persönlichkeiten im Internationalen Arbeitsamt, dem Arbeiterkampf zu dienen, kann die Zurückhaltung dieser Versammlung schließlich doch nur als Beweis dafür dienen, daß man den eigenen gewerkschaftlichen Bestrebungen in jedem Lande eine wesentlich größere Bedeutung beilegt, daß diese gewissermaßen erst die Quellen für internationale Fortschritte in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht darstellen. Thomas hat diesen Grundgedanken am Schluß seiner Ausführungen sehr eindrücklich und keinen Zweifel darüber gelassen, daß das ganze Internationale Arbeitsamt mit dem Vertrauen der Arbeiterschaft leben und laien. Und in kurzen trefflichen Worten folgte Cohen, der die Versammlung schließende dritte Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die gleichen Gedanken etwa in folgender Weise zusammen: Wir kennen das Wort wohl: Der Buchstabe ist tot, der lebendige Geist macht's. Hinter der deutschen Sozialgesetzgebung stand die organisierte Arbeiterschaft; ohne diese hätten wir auch heute noch wenig Arbeiterschutz. Der lebendige Geist wird daher am besten durch recht kräftige gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen verkörpert. In diesem Sinne sei auch die Mitarbeit der deutschen Arbeiterschaft bei der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes selbstverständlich; aber im übrigen sei abzuwarten, was das Amt leistet, davon hänge auch unser Vertrauen ab. Vertrauen auf Vorwärts können wir nicht geben, aber auch kein Mißtrauen. Wir wollen mitarbeiten, nicht nur für Deutschland, sondern für die Arbeiterschaft der ganzen Welt.

Was hier in ziemlich deutlicher Weise bezüglich der Tätigkeit und Wirksamkeit des Internationalen Arbeitsamtes festzustellen ist, gilt für den Komplex aller internationalen Arbeiterlagen. Solange nicht die einzelnen Glieder an der ihnen von Natur aus zufallenden Stelle aus eigener Kraft und Tätigkeit, gesunde Voraussetzungen für ein internationales Zusammenwirken schaffen. Heißt die sogenannte Internationale nur einen schönen Traum dar, demgegenüber man sich hüten muß, ihn als Wirklichkeit zu nehmen. Gewiß kann ein Zusammenarbeiten gesunder und kräftiger Arbeiterorganisationen auf internationaler Grundlage große Erfolge und erhebliche kulturelle Fortschritte zeitigen, aber ein vorzeitiges Stützen auf sie ist entweder von vornherein ein Zeichen von Schwäche oder Schwächlichkeit vorhandene eigene Kraft. Dabei bleibt es unbetont, daß es ein Gebot von Menschlichkeit ist, internationale Beziehungen zur Unterstützung allzu schwacher Glieder der Arbeiterschaft zu pflegen; aber auch hier heißt es, wie in allen Lebensfragen: Wer sich zu sehr auf fremde Hilfe verläßt, der wird niemals aus eigener Kraft etwas erringen.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Korrespondenz.) Von der Versammlung am 3. Oktober berichtete Vorsitzender Reich nach Erledigung von vier Plenarsitzungen über die außerordentliche Sitzung mit der Zentralkommission, an welcher auch Kollege Dreßler (Leipzig) teilnahm, behufs Verhinderung der „Gachmitteilungen“ mit den „Synoptographischen Mitteilungen“. Er teilte mit, daß die Verhinderung am 1. Januar n. S. in Kraft trete, und daß der Vorstand des Bildungsverbandes sowie der Verlag der „Synoptographischen Mitteilungen“ den Korrespondenten in jeder Beziehung weitgehend entgegengekommen seien. Kollegen Oberländer ist die Redaktion der von vorstehend erwähntem Termin an erscheinenden, zwei Hefen der „Synoptographischen Mitteilungen“ umfassenden Beilage auch in Zukunft übertragen.

Vom Leipziger Korrespondenten (siehe auch schon früher vom Stiller Spartenverein) ist die Anregung an die Zentralkommission gelangt, daß die größeren Vereine an alle Kollegen, die Vorzüge halten, die Briefe richten mögen, der Zentralkommission das Vortragsmanuskript oder die Unterlagen zwecks Rundsendung an die kleineren Vereine zu überlassen. Der Vorsitzende gab hierauf Kenntnis und richtete an die Kollegen das Ersuchen, dem Rechnung zu tragen; die Zentralkommission will dafür eine in ihren Kräften stehende Entschädigung zahlen. Betreffs der Beschlüsse des Protokolls vom Nürnberger Korrespondenten machte Kollege Reich noch einige Mitteilungen und ersuchte die Kollegen um recht zahlreiche Bestellungen, zumal das Protokoll zum halben Herstellungspreise (90 Pf.) abgegeben wird. Hierauf erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Grams (Vorsitzender der Zentralkommission) das Wort zu einem längeren Vortrag über: „Zukunftstragen“. In diesem behandelte der Vortragende speziell die tarifliche Bewegung sowie die politische und wirtschaftliche Lage der Gesamtarbeiterschaft. Unter dem Punkte „Verschiedenes“ gab Kollege Nitzsch noch einen kurzen Bericht über den Streik der Zeitungsgestellten. Er erwähnte dabei, daß noch Tagesgehälter von 20 Mk. übrig seien, und ersuchte um Unterstützung und Solidarität seitens der Kollegen. — Nächste Versammlung am 7. November, vormittags 10 Uhr.

Cl. Dresden. (Maschinenmeisterverein. — Jahresversammlung.) Vom Beginn des Geschäftsjahrs hatte die Mitgliedszahl den Stand wie vor dem Kriege ziemlich wieder erreicht. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. In der Märzversammlung hielt Kollege Ulrich einen Vortrag über: „Praktisches Arbeiten an der Rotation“, und als Ergänzung dazu fand eine Exkursion in zwei hiesige Zeitungsbetriebe statt (Druckereien des „Dresdner Anzeigers“ und der „Dresdner Volkszeitung“). Die Beteiligung daran war fast zu zahlreich. — Am 14. März fand eine Versammlung der Rotarier unter Kollegen statt. Sie beschäftigte sich u. a. mit der technischen Frage: „Welche Aufzugstärke ist für Zellungsrotation die beste, 2 oder 3 mm?“ Man kam zu der Auffassung, daß bei kleineren Auflagen der 2-mm-Aufzug nicht zu verwerfen sei, bei größeren Auflagen sei jedoch der 3-mm-Aufzug unbedingt vorzuziehen. Bei Vertriebsaufzug beschäftigte sich mit einem Vortrage des Herrn Professors Oswald über: „Farbenkunde in einer Stunde“. — Im Mai fanden sich die Kollegen zu einer Frühjahrsfeier, zusammen, und in der Maiversammlung wurde die Beschlüssen der Beschlüsse über den Streik und über die dort gefassten Beschlüsse, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte. — Die Septemberversammlung hörte einen Bericht des Vorsitzenden über eine Sitzung der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft mit den Vertretervertretern am 11. Mai in Eisenach. In genannter Sitzung wurde ein Zusatz zu den Unfallverhütungsvorschriften beschlossen, der besagt, daß in jedem Betriebe, je nach der Größe, einer oder mehrere geeignete Arbeitnehmer als Vertrauensmänner zu wählen sind, deren Aufgabe es ist, sich von dem Vorhandensein und der ordnungsmäßigen Benutzung der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen fortlaufend zu überzeugen und vorgetragene Mängel der Betriebsleistung, zu melden. Eine weitere Aufgabe dieser Vertrauensmänner soll sein, die Unfallstellen bei den Betriebsereignissen zu begleiten und sie durch Auskünfte und entsprechende Mitteilungen in der Erfüllung ihrer Aufgabe zu unterstützen. Auf Grund des gedruckt vorliegenden Jahresberichts der technischen Aufsichtsbeamten konnte der Referent auf die oft geringen Arbeiten, aber schweren Folgen verschiedener Unfälle hinweisen. Schon der Gedanke, die Unfälle zu vermeiden zu können, müßte jeden Kollegen davon abhalten, Sandhaken an den Maschinen vorzunehmen, die den Unfallverhütungsvorschriften widersprechen. Er empfiehlt ein älteres Zurückbleiben dieser Vorschriften und eine eingehende Belehrung hierüber der aus der Schule in die Betriebe eintretenden Lehrlinge. Auch die neue Lehrpläne der Betriebe werden durch die darin befindlichen Jahresziele der Lehrpläne dazu beitragen, daß Unfälle bei letzteren weniger in der Erhebung treten. Von unter Technischen Kommission ist für Ende September ein Zirkular angesetzt, um einer einheitlichen Zirkularmethode zur Durchführung zu verhelfen. Es besteht die Hoffnung, daß dann das Interesse der Kollegen wieder erwacht, das in bezug auf Versammlungsbedarf in letzter Zeit zu wünschen übrig ließ.

Hannover. Für die Lehrpläne Hannovers wurde in Verfolg des Nürnberg Generalversammlungsbeschlusses eine Lehrpläneabteilung gegründet. Soweit zu übernehmen sind alle hiesigen Lehrpläne (etwa 200) dieser neuen Organisationsabteilung. In der Gründungsversammlung am 10. September hielt der Vorsitzende der Lehrpläneabteilung, Kollege Fr. Hartung, einen Vortrag über Zweck und Ziele der Lehrpläneabteilung, in dem er den Buchdruckern zum Schluß aus dem letzten, tüchtigen Buchdrucker und später ebenfalls Mitglied des Vorstandes zu werden. Die Entwürfe von einem Preis ausgeschrieben der Synoptographischen Vereinigung wurden den Lehrplänen zur Verfügung vorgelegt.

Heilbronn. In aufbelebter Versammlung sprach unter Gauvorschafter Klein (Stuttgart) über das Thema: „Organisatorische und tarifliche Lage“. Zurückgekehrt auf die Aktivitäten der letzten Generalversammlung bis zur

gegenwärtigen Tarifverhältnisse, trennte uns der Redner mit einem Vortrage, welcher sich wohlwollend von dem einseitigen Verlangen moderner Wolligsmacher abhob. Unter Wahrung gegenseitiger Hochachtung weichtliches Nutzen oder brüdes Erörtern reines zu befehligen, das wird nach Strens übergebenen Ausführungen für Prinzipale und Gesellen das Gegebene sein. Was gut ist wird und muß kommen. Vom gewerkschaftlichen Grundgedanken befehl, unparteiisch keines Wertes als Sachmann und strebamer Mensch sich bemüht, wird dann auch der Buchdrucker aus dem gegenwärtigen Schlamassel heraus, ideell und mater ell auf neue Lehren Platz behaupten können. Wichtig wie Schmeldehammer klingt die Rede wie eine hohe Weisheit aus die jeden Verklamungstheurer wieder einmal hören sehen leib, daß Aufwärtsmöglichkeiten noch vorhanden sind.

Staatsruhe. (Wirtschaftsbericht.) Am 27. Juni konnte eine der Bezirkskollegen nach längerer Pause, insofern Verkehrsverhältnisse am Sonntag, an einer Verammlung teilnehmen. Nach Eröffnung der im verflochtenen Vereinsjahre verstorbenen Kollegen, Erstattung des Jahresberichts, Regelung der Gehaltsfrage des Verwalters, erstattete Kollege Hof und Maier den Bericht über die Generalversammlung. Konnte die Versammlung auch nicht alles Beschlüsse gutfinden, so erkannte sie doch an, daß praktische und gute Arbeit geleistet wurde. — Die Generalversammlung mußte sich mit der Neuwahl eines Vorstehenden befassen, da Kollege Erb nach nimmere einjähriger Tätigkeit infolge Berufswechsels und Arbeitsüberhäufung sein Amt niederlegte. Nach Abstimmung des Dankes an den Ausschiedenden wurde Kollege W. Maier mit diesem Posten betraut. — Die Augustversammlung beschloß, in Anbetracht der hohen Kosten und des schlechten Standes der Baukasse von der Abhaltung eines Ganztags abzusehen und an dessen Stelle eine Bezirksvorsteherkonferenz freizugeben. Ferner fand die Ausstellung von Kandidaten zum Bezirksführerwahlrecht statt, auch wurden die Anträge zur Tarifrevision durchberaten. — Den Kollegen Lindenlaub konnten wir in der Septemberversammlung als Referent über die Cavourfeierkonferenz begrüßen. Seine Ausführungen wurden als Ergänzung zum Bericht des „Norr.“ aufmerksam entgegengenommen. Einig war die Versammlung darin, daß die kommende schwere Zeit eine geschlossene Kollegenchaft verlangt. Wie bei allen Zusammenkünften die hauptsächlich bei uns im Süden herrschende Teuerung eine ständige Rubrik war, konnte auch hier wieder festgestellt werden, daß es trotz Verfügungen, Erlassen usw. nicht besser, sondern schlimmer wird. Kollege Hof erstattete noch Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz, die eine Erhöhung des Krankengeldes beschloß.

O. K. Karlsruhe. (Maschinenmeisterverein.) Am 25. September fand nach längerer Pause eine äußerst gut besuchte Versammlung statt. Dies wurde vom Vorsitzenden Wörstel mit Freuden begrüßt, um so mehr, da in jeder Zeit die reizen Kasse in durch die vielen gewerkschaftlichen sowie politischen Veranstaltungen stark in Anspruch genommen wurden. Nach Erledigung von Neuauflagen und sonstigen Vereinsmitteilungen wurde die Frage eines Winterkurses besprochen. Es wurde von den jüngeren sowie auch von vielen alten Kollegen der Wunsch ausgedrückt, während des Winters ein oder zwei Kurse abzuhalten. Obwohl die hiesige Gewerkschule, die für diesen Zweck in Betracht kommen könnte, 30—50 Mk. Schulgeld pro Schüler verlangt, war man der Meinung, trotzdem von einem Kursum nicht Abstand nehmen zu sollen. Ein Vorkursus werden bei der Stadtverwaltung wird sicher dazu beitragen, auch für unsere technische Weiterbildung. Verhältnisse zu finden, zumal dort auch für sportliche Betätigung Gelder vorhanden sind. Sehr zu bedauern ist, daß die hiesige Prinzipalität unsere Fortbildungen passiv gegenübersteht, obwohl unsere Weiterbildung für sie zum Vorteil sein kann. Daß die Zentralkommission das Programm über unsern Sparrentkongress auf Kosten jedes ein-

zelnen herstellen lassen will, würde nicht aufgehen, weil dadurch eine sehr mangelhafte Bestellung eintreten würde. Man ist der Meinung, daß die Stollen Verband und Zentralkommission gemeinsam zu tragen hätten. Als Hauptpunkt für den Abend war der Vortrag „Revolutionswalgengrub“ (Lalicon-Walzen) angeht. Der Referent, Fachlehrer Kollege Kurze, führte an der Hand von mangelhaftem Material in sachlicher Weise keine praktische Erörterung auf diesem Gebiete vor. Bis heute, nach dreimaligem Gebrauche, könnte er nur Gutes über diese Walzenmasse berichten. Seine Erfahrungen stützen sich hauptsächlich darauf, daß er die neue Walzenart nur als Vertriebsmittel bei zäherer Farbe und schnellerem Gange der Maschine verwendet hat. Bei diesem praktischen Versuche hat die Lalicon-Walze jeden Widerstand zu überwinden, während bei den gewöhnlichen Walzen bei gleicher Arbeitsleistung ein Wärmelaufen, Schmelzen und Korrosion von den Spindel zu verzeichnen war. Die Neuerung kann also nur begrüßt werden. Ob sich die Lalicon-Walze als direkte Konkurrenz eignen wird, konnte der Referent noch nicht beurteilen, da er damit noch keinen Versuch gemacht hat. Er glaubt aber, daß auch hier ein betriebendes Resultat zu erzielen sein wird. Den mit großem Interesse aufgenommenen Vortrag schloß der Referent mit der Bemerkung, daß es ihm nicht darum zu tun sei, für die Walzen Reklame zu machen ihm sei hauptsächlich daran gelegen, als Mittel der Technischen Kommission die Kollegen mit allen Neuerungen vertraut zu machen, um sie vor Nachteilen zu schützen. Die anschließende Diskussion war eine sehr rege, man war übereinstimmend, daß der Vortrag ein sehr willkommener war. Aus allem aber war herauszufinden, daß die Kollegen dem Revolutionswalgengrub noch mißtraulich gegenüberstehen und schließlich der bisher gebräuchlichen Walzenmasse immer noch den Vorzug geben. Unter „Verschiedenem“ wurden einige technische Artikel verlesen, die einer ausgiebigen Kritik unterzogen wurden. Damit schloß der für alle Teilnehmer sehr lehrreiche Vereinsabend.

Oberstein. Bei den Kollegen in Oberstein und den umliegenden Dörfern hat der Beschluß der Gewerkschaftskonferenz zur Erhöhung des Beitrags Kopfschüteln hervorgerufen deshalb, weil bei dem Minimum von 189,87 Mk., das hier Maximum ist, die neue Beitrags Erhöhung nicht geringer werden kann. Da der Provinzier mit jeder Mark rechnen muß und gerade so teuer lebt als der Großstädter — eher noch teurer —, so ist die ganze Erhöhung des Tarifs dazu angetan, daß der Provinzialkollege immer als Buchdrucker zweiten Grades betrachtet wird, und nur beim Beitragszahlen gleichwertig eingeschätzt wird. Die Frage für die Arbeitslosen wäre Sache des Reiches gewesen, oder durch eine Abergundensbeseuerung hätten sich Hilfsquellen erschließen lassen.

-z. Esslingen. (Maschinenmeisterverein - Situationsbericht.) Die Beschlüsse des Maschinenmeisterkongresses in Nürnberg machten eine außerordentliche Generalversammlung am 6. Juli nötig, da auch der hiesige Verein vor die Notwendigkeit gestellt wurde, den Beitrag zu erhöhen, um einestheils den neuen Anordnungen der Zentralkommission nachzukommen, zum andern Teil aber auch mit den sich fortwährend steigenden Vereinsausgaben im Gleichgewichte zu bleiben. Der Vorstandsantrag, den Beitrag auf wöchentlich 25 Pf. zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen. In der Vorsitzenden Frank erstattete einen ausführlichen Situationsbericht vom Kongress, lobt dabei besonders die politischen Resultate hervor, gedachte aber auch der verschiedenen Hemmschube, die auf manchen Gebieten ein schnelleres Vorkarschreiten hinderten. Die Debatte gestaltete sich ziemlich lebhaft, man war aber im großen Ganzen mit der Kongressarbeit einverstanden. Bedauerlich wurde, daß verschiedene vorläufige Entscheidungen nur wenig Beachtung fanden. — Am 15. Juli fand ein äußerst interessanter Vortrag über den Eisenbruch statt, der vom Leiter der Eisenfabrikation der Firma G. Reiner & Pfeiffer, Herr

Pobelschwaig, gehalten wurde, unterfützt durch eine für die Anichauungsmaterial. Eine lebhaft Ausprache schloß sich an. — Von etwa 120 Kollegen wurde am 19. Juli die Eisenfabrikation Grelner & Pfeiffer in vollem Betriebe beschäftigt. In kleinen Gruppen wurden die Kollegen durchgeleitet unter Erklrung jeder Einzelheit des Verfahrens durch den Abteilungsleiter. Das dankenswerte Entgegenkommen der Firma sowie die Mhe und Arbeit von Herrn Pobelschwaig und der dortigen Kollegen verdien auch hier volle Anerkennung. Zur besseren Umschau planmssiger Probierarbeit wurde hier die „Machinemeisterzentrale Wrttemberg“ gegrndet. Dieselbe hat bereits ihre Ttigkeit begonnen unter dem Vorhau des Kollegen Fritz Stner, Reuchlinstrae 30.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 11.
Genrsprecher: Emil Kurfhr, Nr. 191.

Kaupferwlung. Der Kollege Walter Feldmann aus Glauha verstarb unter der Angabe, verbandsmssig zu sein, da er nur deswegen ohne Verbandsbuch reiste, weil ihm (Feldmann) aus Norwegen, wo er sich jahrelang aufgehalten haben will, ein jugendliches Weib, zuweilen papieren zu erlangen. Die Nachprfung dieser Angaben hat ergeben, da er seit dem Jahre 1914 Beitrge zum Verbandsbuch nicht mehr geleistet hat. Ob er in Norwegen gewesen ist, darber lie sich durch das Hauptbuch nicht feststellen. Es steht aber fest, da er in den Jahren 1919 und 1920 mehrfach in Deutschland im Besitze geblieben hat und 3 Lrige an die Verbandskasse nicht abgezahlt wurden. Seine Angabe, er htte wohl Beitrge geleistet, die hier jedoch nicht nachgewiesen werden konnten, der nachgeprft werden konnte, auf Wahrheit; demgegenber, aber selbst zu, da er keine Mitgliedschaft erworben hat, kann also irgendwelche Rechte an den Verband nicht geltend machen. Ein Eintrag in die Liste im Jahre 1914 wurde durch seine Verbandsmitgliedschaft ausgeschlossen, die abzunehmen ist, falls er diese vorweisen sollte.

Die vertriebenen Reichslose werden erucht, dem auf der Liste befindlichen Joseph Joseph Venz (Hauptbuchnummer 59 817, 10 810 Rheinland-Westfalen) auf der Reichslegitimation 32 Reisefrage vorzutragen, die bei der Ausstellung einer Legitimation nicht mit bertragen wurden. Nach erfolgter Berichtigung der Legitimation ist ein die Erledigung dieser Reisefrage betreffender Vermerk in das Quittungsbuch des Kollegen einzutragen.

Bredenervernderungen
Oberrach. Vorsitzender: Hermann Flammlinger, Oberrach, Eperdau 951.
Sangerhausen. (Bezirk und Ort.) Vorsitzender: Otto Brandt, Dorfstr. Sangerhausen, Gahobrich 9 II.
Zittau. (Maschinemeister-Bezirksverein Oberlausitz.) Vorsitzender: Kurt Glger, Grotzlauer Strae 23 II.

Zur Aufnahme gemeldet
(Einwndungen innerhalb 14 Tagen an die bezugsweise Thra-ten.)
Im Gau Hamburg-Altona die Seher 1. Gustav Einfeldt, geb. in Altona 1877, ausget. dal. 1897; 2. Friedrich March, geb. in Altona 1896, ausget. in Hamburg 1915; 3. der Schmiedemeister Alfred Schick, geb. in Krbeln (Mecklbg.) 1894, ausget. in Rostock 1912; waren schon Mitglieder. — Fr. Kuntzer in Hamburg, Beitr bindebuch 57 II.
Im Gau Hannover der Pastor Wilhelm Seibow, geb. in Stralund 1865, ausget. dal. 1883; war schon Mitglied. — Gustav Pfingsten in Hannover, Nikolaistrae 7.

Berlin. Maschinenlehrerversammlung Sonntag, den 7. November, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Odenstrae 2.
Breslau. Allgemeine Buchdruckerversammlung Sonntag, den 14. November, von 10 bis 12 Uhr, im kleinen Saale des Bes. erziehlichen 9.
Kassel. Maschinenlehrerversammlung Sonntag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal Ehrlich, Strae 10.
Leipzig. Maschinenlehrerversammlung Sonntag, den 6. November, abends 7 Uhr, im „Gutenberg“, Franziskanerstrae.
Merleburg. Versammlung Sonntag, den 6. November, abends pnnlich 7 1/2 Uhr, im „Deutschen Adler“.
Plauen i. V. Bezirksversammlung am Montag, den 19. November (Zug ab), nach Mittags 2 1/2 Uhr, im „Gahobrich Deutscher Adler“ in Limbach i. V. (Merz eine Zeilage.)

Achtung! Bezirksvereine! Aufbawahren!
Verlangen Sie gratis Muster ber **Anzug-, Stoff-, Woll- und Futterstoffe** preiswert und gut.
Paul Grbe, Reuchlin 10, Edl. Merpromenade 18 19.

Schrieber
gesucht, der, mit modernem Satz durchaus erfahren, sein hndige Quillenschrift leitet, Veranlagung der Kasse entsprechend. Ausfhrliche Angebote mit Preisanschtzungen, Bedingungsbedingungen und Gehaltsangabe an die Redaktion erbeten.
Weber & Glbenberg, Grotzlauerstrae, abends 8, Sagen 1, W.

Perfekte russische Maschinenseher
fr Linotype und Typograph B und russische Handseher zum sofortigen Entsende gesucht.
Wittke & Co., Z. c. II. SW 68, Hochstrae 23 25.

Buchdruckmaschinenmeister
selbststndig in der Herstellung moderner Maschinen, bei entsprechendem Lohn sofort gesucht. Verleihen auch mit Gegenstandsapparaten, darunter verlagert sein. Eintrge und Angebote unter Angabe der Anpreisung und Verleihen von Mustern und Zeichnungen, die sich mit demselben zu richten an:
Weber & Glbenberg, Grotzlauerstrae, abends 8, Sagen 1, W.

Wir suchen in dauernde Stellung fr unsere Zeitungsdruckerei (Rotationsmaschinen Koenig & Bau r. II. und 22seitig) zum baldigen Eintritt einen durchaus erfahrenen und kndigen
1419

Rotationsmaschinenmeister
Wohnmeister, der auch ein Handdruckmaschinen arbeiten knnen, werden bevorzugt. Eine dauernde Verleihen. Mit Angabe der erbeten mit genauen Angaben ber bisherige Verleihen. Alter, Gehaltsanspruch usw.
E. Aufschdu Fallot, Ehrs, Strae 10 (besetztes Gebiete).

Verleger: Joseph Geth in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Willi Krahl in Leipzig, Salomonstrae 8 (Telephon 14111). — Druck: Adell & Sille in Leipzig.

Leistungsfhiger, korrekter Linotype seher
fr Musterideal sofort gesucht. 1423
„Solinger Zeitung“, Solingen.

Schtige Teilerin
per sofort gesucht.
Ludwig Wagner, Leipzig-Teudnitz, Grotzlauerstrae 12.

Maschinenseher, mit allen
ne den 2. besten vertraut und an 1. hndigen Arbeiten gewhnt. In der hiesigen Zeitung. Offene Angebote an A. Glbe, Grotzlauerstrae 10, abends 8, Sagen 1, W.

Von Deutschen nach Berlin oder Umgebung
Welcher Maschinenseherkollege wnscht, seine Qualifikation (25 Jahre), Maschinenseher, Form- u. Tabellensatz, kndigend, bitte an Maschinenseher, Dill. A. B. 1422 Grotzlauerstrae, abends 8, Sagen 1, W.

Segregale und Kffen
in bester Ausfhrung liefert sofort ab Lager
Lange & Doll, Pflanzstrae 112, 4171

Ortsverein Kattowich
Sonntag, den 7. November, nachmittags 4 Uhr, in der „Reichshalle“:
25jhriges Stiftungsfest
verbunden mit der Erhung der 25jhrigen Jubilre Gattung und Jubilre.
Die Kollegen der umgebenen Drfer werden freundlich dazu eingeladen.
Der Vorstand.

Ein Versuch
meiner vorzglichen Gattungen Zigaretten fhrt zu Querschnitt, „Gute berg“ A 19 Nr. 10, B 27 Nr. 10, C 32 Nr. 10, per 100 Stck, bei 500 Stck Frankonadnahme, bei einmliger Prfermngung. 1413
Gratis: Grundrie!
Tabakversand Donus
Mnchen, Schwandlauer Strae 63.

Typographsehermaschinen
Erhaltene, Matrizen, usw. repariert schnellstens und preiswert. Monteur zur Verleihen. Erhaltenes Rezerenzen.
Karl Hermann, Leipzig-Sonnenstrae, Wiedemannstrae 27, 1305

Typographseher!
Gummistmpfe zur Wasserfhlung.
Franz Whl, Eulistrae 10, Leipzig.

Musikinstrumente
aller Art
hervorragende Gte
Max Drfel, Klingenthal i. S.
Preisliste frei

Maschinenband
Friedensquell, 10, 11, 12
Beyner & Hoff,
Erfeldstr., Grotzlauerstrae 112.

Am Montag, dem 23. Oktober, verkehrt pnnlich ber lieber Kollege der Maschinenseher
Bernhard Gro
im bildenden Alter von 20 Jahren. Es ist befehlendes Jugendtalent, so gut zum Verbandsbau wie sein rubriges, befehlendes Talent. Er ist ein dauerndes Mitglied.
Friede seiner Arbeit.
O. Lorenz, Ehrs.

Eingabungen an den „Norr.“
pendent fr Deutschlands Buchdrucker auf Postfachkonto Leipzig Nr. 6123

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Bezug ist bei Bestellung gleich mitanzufenden.

Beilage zu Nr. 124. — Leipzig, den 2. November 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Freiheit und Knechtschaft

„Wer seine Ansicht nicht ändert, ist entweder sehr weise oder sehr dumm.“
Ausspruch eines Philosophen.

Für uns Menschen, aber besonders für uns Arbeiter ist es von hohem ethischen Werte, zu wissen und zu erkennen, was Freiheit ist im Gegenätze zur Knechtschaft. Freiheit heißt frei sein von allen Vorurteilen und von Zwang. Sind wir es nicht, so sind wir gebunden; wir leben in der Knechtschaft! Die menschliche Freiheit, d. h. die geistige Freiheit ist jedoch niemals eine absolute, sondern eine relative; absolut frei ist nur der über den Naturgesetzen erhabene Geist. Auf dieser hohen Entwicklungsstufe steht aber die heutige Menschheit nicht. Denn uns Menschen sind Schranken gesetzt durch die Naturgesetze, denen wir zu Gehorham verpflichtet sind, und zwar auf Grund der Gesetze der Kausalität (Ursache und Wirkung). Auf Grund der natürlichen Ursachen erleiden wir die aus ihnen hervorgehenden Wirkungen mit unsehbarer Sicherheit, und zwar ohne oder mit unterm persönlichen Willen. Das Dasein des Menschen ist durch seinen individuellen Willen bedingt; dieser ist die Ursache und deren Wirkung unser Leben. Demzufolge leben wir auf Grund unserer Ursache und unterliegen deren Wirkung (Gesetz der Kausalität). Dies ist die eine große Schranke, die unser individuellen Persönlichkeit setzt und die wir nicht übersteigen können. So ist unsere Freiheit nur relativ; absolut frei ist nur das Kausalitätsgesetz selbst. Wir Menschen legen durch unsre Gedanken, Handlungen und Taten Ursachen, die ihre absoluten Wirkungen nach sich ziehen, denen wir nicht entrinnen können. Demzufolge sind wir gebunden und nicht frei. So sind wir durch unser Schicksal der Knechtschaft unterworfen, aus der wir uns befreien können, wenn wir Ursachen legen, die kausale Wirkungen nicht haben und uns relative Freiheit geben. So liegt die Ursache in uns, wenn wir in der Knechtschaft leben, die unsre Freiheit bindet. So liegt auch die Ursache in uns, wenn wir uns relativ frei machen und uns nicht knechten lassen. Auf den Gedanken kommt es an, der zu Handlungen und Taten freibt. Der Gedanke bildet die Ursache, die Taten und deren Folgen sind die Wirkung, und diese bildet das Schicksal. So ist unser Schicksal ein selbstbestimmtes!

Wie sieht es nun im politischen und im wirtschaftlichen Leben aus? In der Politik, d. h. im Streit um die Einrichtungen, Formen und Fähigkeiten des Staates, zeigen sich die Gegenätze in verschiedener Form. Besonders in der sozialistischen Spaltung treten sie klar hervor. Es sind Anschauungen vom egoistischen Standpunkt aus, weil sie nicht auf dem Gesetze der ausgehenden Gerechtigkeit beruhen. Denn Wohlwollen unsern Mitmenschen gegenüber beruht niemals auf Egoismus, weil sich durch Ausgleichung der Gegenätze gegenseitig aufheben. Die Ausgleichung aber schließt Gerechtigkeit in sich, sie ist das Gesetz der Menschlichkeit in Bezug auf das Gesetz der Zweifelt (Qualismus). Der egoistische Standpunkt, der immer Gegenätze hervorruft, hindert uns, das wahre Wesen der Dinge zu erkennen, was uns unfrei macht. Denn der Egoismus zwingt unsre Freiheit in seinen Bann; mit andern Worten: man schaut das Ding nicht an sich, man schaut die Dinge nicht wie sie wirklich sind, sondern wie sie zu sein scheinen und urteilen so nach dem Schein. Dies verhindert das klare Schauen; es ist Täuschung und führt uns die Wahrheit, die im Innern eines jeden Dinges liegt, nicht erkennen, was jede Gerechtigkeit ausschließt. Gerecht kann nur sein, der wahr empfindet, der das Ding an sich seinem innersten Wesen nach als wahr erkennt und sich vom Schein nicht trügen läßt. Nur dadurch ist er imstande, einer Sache frei zu dienen. So hängt die Freie von der Gerechtigkeit ab und diese von der Wahrheit, was Freiheit in sich schließt, die uns frei macht vom Zwange des Egoismus und der Täuschung. Auf Grund unserer Anschauungen machen wir uns Vorstellungen und Bilder, an die wir uns binden. Sehen die Vorstellungen vom egoistischen Standpunkt aus, so stehen wir unter dem Zwange der Täuschung. Sind ihre Ursachen selbstlos und wohlwollend für unsre Mitmenschen, so sind sie frei vom Zwang und wirken solidarisch. So ruf die Unfreiheit Vorhellen hervor, die uns Menschen zu Sklaven machen und unsern freien Willen unterbinden.

Das Schicksal der Arbeiterklasse ist untrennbar mit dem Schicksale des ihm angehörenden ganzen Volksstaats verbunden. Und jedes Volk verdient die Regierung, die es hat; denn es wählt ja seine Vertreter nach seiner Meinung und nach seinem Willen. So sind die Volksvertreter als gegebene Körperschaft nach dem Willen des Volkes gezwungen, Gesetze zu machen, um ihren Staat zu zivilisieren, um der Kultur die Wege zu ebnen; ein Volk ohne Gesetze würde in zigellose „Freiheit“ ausarten, was im wahren Sinne des Wortes gar keine Freiheit ist, sondern ein in der Leidenschaft lebendes Volk; ein Volk in der Knechtschaft seiner niederen Instanzen, auch wenn Ausnahmen die Regel bilden. Ohne die göttliche Ursache kann ein Volk als zivilisiert und kultiviert nicht gelten, da seine Entwicklungsstufe nicht hoch genug ist. Es können wohl einzelne Menschen ohne Gesetz auskommen, Einzelne Menschen können erhaben

sein über alle irdischen Gesetze und infolge ihrer hohen Entwicklungsstufe als weise gelten. Bei ganzen Völkern aber ist dies unmöglich, da auf Grund ihrer so verschiedenen Entwicklungsstufen bei den Massen die Anschauungen grundverschieden sind. Infolgedessen bilden die Volksoberer die regierende Körperschaft, die den Willen ihres Volkes kundgibt und ihn durch sie vollstrecken läßt. Dies ist Demokratie!

Im Wirtschaftsleben ergibt sich dasselbe Bild. Nur mit andern Farben. Jeder Arbeiter verdient den Vorgelegten, den er hat. Einwürfe hiergegen sind Spitzfindigkeiten, die in sich selbst zusammenfallen. Durch unsern Willen zum Leben sind uns Menschen Pflichten auferlegt, die wir erfüllen müssen, weil der Wille die Ursache ist, die im Menschen wurzelt, und dem Willen das Sollen zugrunde liegt. Nur durch Pflichterfüllung erwerben wir Rechte, die uns in den Stand setzen, den Kampf mit geistigen Waffen zur Verteidigung unsrer Rechte auszuwehmen, um der Ausgleichung der Gegenätze willen. Dies ist Gerechtigkeit und macht uns frei von allem Zwang und fremder Willkür. Sind wir fremder Willkür unterworfen, so beruht das auf Verstoß unsrer Pflicht, auf Ansehorm gegen die Gesetze der Natur, auf Nichterkenntnis der Bestimmung des Menschen hier auf Erden, auf dem Mangel an Erkenntnis des kausalen Zusammenhangs zwischen Ursache und Wirkung. Rechte bedingten Pflichten, diese haben wir zu erfüllen gegen unsern Beruf, unsre Familie und unsern Staat. Denn Pflicht ist kein Zwang, sondern Freiwilligkeit, bedingt durch unsern freien Willen im irdischen Dasein.

Wir Menschen aber sind nicht da, um zu sein, sondern um zu werden; um uns frei zu machen vom niederen Egoismus. Und von der Pflicht werden wir nur frei, wenn wir sie frei erfüllen. Nur durch sie erwerben wir Rechte zur Wahrung unsrer Menschenwürde und auf Staatsfreiheit, das Recht auf Gleichberechtigung, das Recht auf materielle Gegenleistung, die zu unsrer Existenz erforderlich ist. So ist auch das Recht zur Absicherung unsrer Tarifgemeinschaft nur durch unsre Pflicht bedingt. Ein unsozialer Mensch gerät in seine Eigeninnigkeit sein Spielzeug, wenn es ihm nicht zu Willen ist. Es steht manuels Vernunft unter dem Zwange der Unfreiheit. Ein vernünftiger Mensch aber ist frei von Geldenshaft; er repariert den Schaden, der ihm durch Genesnisse verursacht wurde, indem er auszugleichen sucht und somit den Zwang durch die Freie erhebt. Gewiß, wir Menschen sind auch zur Demut verpflichtet, d. h. zur Achtung und heiligen Scheu (Fest) vor allem Hohen und Erhabenen in Bezug auf Entwicklung und kulturellen Fortschritt; nicht aber zu irdischer Demut gegen unsre Mitmenschen und Vorgelegten, denn „mancher Vorgelegte“, so lautet der Ausdruck eines weisen Volksführers, „wäre kein Tyrann, wenn seine Untergebenen nicht Sklaven wären!“

So erwacht sich die Menschheit von Stufe zu Stufe durch Pflichterfüllung, die Vernunft voraussetzt. Die steigt höher und entwickelt sich auf ethisch-kulturellem Wege zur Weisheit und bildet so die höchste Stufe der Vernunft. Aus der Weisheit aber entspringt die Freiheit und der Frieden, der höher ist als alle Vernunft. Die Kausalität, aus der alle Naturgesetze hervorgehen, ist das Grundgesetz des Universums. In der Schöpfung liegt die Ursache; die Wahrheit; im schöpferischen Geiste liegt die Wirkung; die Gerechtigkeit. So liegt im Erkennen von Ursache und Wirkung die Freiheit. Bevor die Menschheit nicht auf der hohen Stufe der Erkenntnis steht, wird sich der Frieden nicht vereinigen lassen. Zur Freiheit und zum Frieden kommen wir nur durch freie Pflichterfüllung, die uns das Recht zum ehrlichen Kampfe gibt, zum Kampf um der Ausgleichung der Gegenätze willen. Gebunden sein durch Egoismus ist Knechtschaft; Freiwilligkeit zum Gehorham gegen die Naturgesetze schließt den Zwang aus und bedeutet Freiheit. Der Frieden ist der Sieg!

Leipzig.

H. R.-ch.

Das internationale Staatserbrechtlproblem

Nachdem der gewaltige Weltkrieg verloren war, mußte eine Organisationsform gefunden werden, um in jeder Ordnung im Staate zu schaffen. Die Revolution, ursprünglich vom Militär ausgegangen, hatten bald die sozialistischen oder Arbeiterpartei übernommen, um den zerstörungswürdigen Staat zu zerstören und Vernichtungsweg zu bahnen und in Arbeitswillen, Aufbaustreben und Ruhe umzugestalten. Zweifelsohne keine leichte Arbeit, doch aber eine notwendige und lobende. Es lag im Interesse der Arbeiterklasse, daß Einigkeit, Besonnenheit und Selbstbeherrschung die zerbrochene deutsche Volkswirtschaft, eine starke Stellung im Kampfe gegen Not, Elend, Auswanderung usw. schufte, indem selbige nicht dem Erdboden gleichgemacht, sondern aus den Scherben nach etwas Brauchbares für die Zukunft gerettet wurde. Eine gewaltig große Aufgabe, die durch die überführte Demobilisierung und die Fortdauer der kulturellen Hungerblockade fast zur Unlösbarkeit entartete. Trotzdem kann mit Stolz hervorgehoben

werden, daß die Anordnung der Revolutionslage überwinden und das deutsche Wirtschaftswesen wieder in Gang gebracht worden ist, soweit die einschneidenden und verewaligenden Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles es gestatten. Der Weg wäre gebend für eine große Tat. Die soziale Republik in polittischer und wirtschaftlicher Hinsicht könnte landwärtlich sein zur Nachahmung für die internationale Welt. Es kann aber nicht sein, weil, wie der Finanzminister es kürzlich andeutete, das Volk kein Herz der Papiermark, wohl aber dem Sozialismus verdrrieben habe. Außerdem, das sei aus Gerechtigkeitgründen gleich eingekauft, wollen die Unternehmer und Großkapitalisten aber auch nicht auf die hohen Profite verzichten. Alles steht also im Banne des goldenen Kalbes! Keine der Wirtschaftskräfte und Arbeitsgruppen des In- und Auslandes will die Existenz der andern anerkennen. Der Kampf aller gegen alle steht auf einem fündigen Höhepunkt. Man sucht und sucht nach Auswegen, doch sämtliche Notausgänge sind anscheinend verpöflet. Was nun? Untergang? Nein, sondern mehr Licht!

Auch mit dem Licht ist es eine eigenartige Sache, weil auf der ganzen Erde große Kohnen herrscht. Wohl oder übel sind solche Erträgnisse erforderlich. Da schließen die Theorien wie Pilze aus der Erde. Kommt ein neuer Gedanke auf, stürzen sich die armen und geplagten Erdemütter auf ihn, weil sie Rettung und Hilfe von ihm erhoffen. Der eine fordert Rationierung, der andre Volksozialisierung, der nächste Reaktionskrieg, und so fettert sich der Vorrat von angeblich wirksamen Arznei- und Heilmitteln ad libitum, wenn man nur will. Der Gedanke der Wiederaufrichtung Deutschlands sieht eine stillische Anzahl von Ideologen zu Worte kommen, während der praktische Menschenscheu stand, der Techniker und Ingenieur, im Hintergrund steht, um aus allen Plänen und Vorschlägen etwas Positives zu schaffen, damit die deutsche Wirtschaft und internationale Weltwirtschaft in Marsch gesetzt werden kann. Auch dieses erhebende Wollen ist keine Kleinigkeit, weil die Wirtschaft ihre eigenen und angebrachten Gesetze hat, denen sich kluge Menschen, die nicht untergeben wollen, anpassen müssen. Unter diesen Gesichtswinkeln kann man allein praktische Wirtschaftspolitik und Sozialismus betreiben. Vorwärts!

Liberalismus will freien Wettbewerb, Sozialismus hingegen Plan- oder Gemeinwirtschaft. Obgleich ersterer zahlenmäßig nicht ein Herkules ist, hat er doch auf der ganzen Erde wirtschaftlich noch immer die Führung. Hierin eine Änderung zu schaffen, ist der Internationale möglich, wenn sie tatsächlich einig und solidarisch eine zielbare Wirtschaftspolitik verlost, nicht aber sich sorglos verpöflet. Wie lange wird es dauern, dann errichtet irgendein Querkopf von „Führung“ eine vierte Internationale. Das darf nicht sein. Bebel sagte einmal: „Einig sind wir alles, zerpöflet nichts“. Auf dieses Ziel müssen wir unsre Tätigkeit in der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung einstellen. Persönliche „Genialität“ mancher Führer muß sich diesem gewaltigen schönen Gedanken unterordnen.

In dem Bestreben, in die Produktion Ordnung und Eilegerung zu bringen, will nun das Staatserbrecht eine Vermittlung und Befriedigung anbahnen. Das klassenbewußte Proletariat soll sich nicht mehr für die Reichen abfinden, soll vielmehr von Geburt wegen auf alle Schätze und Genüsse der Erde gleichmächtiges Unrecht haben. Das Staatserbrecht erkennt keinen andern Rechtsstil mehr auf Erwerb und Genuß, als die eigene persönliche Leistung. Sticht der Mensch, er ist auch sein Bestrehter. Das vorhandene Vermögen fällt an die Volksgemeinschaft, ohne deren Verantwortung nicht erzeugt und darum auch nicht erworben werden kann. So wächst das Vermögen der Gemeinschaft und des Staates sorgföht, dank der Arbeit aller Staats- und Mitbürger. Jeder Wohlstand, der entsteht, gestaltet dem große Leistungen und Hilfen im Interesse der Belebten. Betreit von den Stimmungen des Kapitalismus vermag jeder den Anteil am Ertrage der Gesamtwirtschaft zu erringen, der dem Werte seiner Leistung für die Gesamtheit entspricht. Ein behagliches Ertragsminimum wird jedem gesichert, der seine Pflicht gegenüber der Gemeinschaft erfüllt. Es handelt sich um ein Glück Kommunismus, der auch allen den Durchschlitt überragenden Schaffenden bessere Lebensbedingungen in Aussicht stellt. Wer mehr Werte schafft, als er verwerten kann, bleibt in Lebenszeiten in Aufnahme und derselben, tritt sie nach dem Tode jedoch an den Staat ab. In der Form wird sich die Anfassung durchziehen, daß Arbeit Pflicht sei jedes einzelnen gegenüber der Gesamtheit. Und diese Pflicht wird wiederum ihren Niederschlag finden in der Gesetzgebung, die die allgemeine Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen statuiert. Das Gemeinheitsbewußtsein steigt, während den Nichtstuer, Schleiern, Ruhschweidern, Rennern usw. der Schreck in die Glieder fährt. Der soziale Staat wird also ein Arbeitsstaat sein!

Da nur eigene oder persönliche Leistung zu Erwerb und Genuß berechtigt, wird das Kapital für Unternehmerrische nicht mehr Gegenstand privater Erwerbssucht sein, sondern zu den Aufgaben der öffentlichen Verwaltung zählen. Die Staatsmittel werden nicht durch Steuern und Anleihen aufgebracht, sondern durch Umschiff auf dem eluzurückenden

Staats- oder Volkshankkonto des Unternehmers dargeboten und samt Zinsen, dank E. hantallt aller Privatvermögen an den Staat gefügt. Die Aufgabe des Staates erschöpft sich nicht darin, die Produktion derart zu regeln, daß die verfügbaren Arbeitskräfte und Rohstoffe entsprechend den Bedürfnissen der Volksgemeinschaft vollständig ausgenutzt werden und die geschaffenen Produkte und Vorräte möglichst gerecht nach jeder Richtung verteilt oder verbraucht werden.

Das vom Staate zu gewährende Existenzminimum bildet die unterste Grenze des Einkommens. Auf dieser Basis wird sich in Form von Berufs- und Altkordulshilfen, Pensions- und Gewinnanteilen die Skala der Lohnhöhe, d. h. die Bewertung der Einzelleistung aufbauen. Die persönliche Fähigkeit des Einzelnen kann also würdig und gerecht eingeschätzt werden. Jeder Staatsbürger erhält eine geordnete Bildung und Erziehung auf Kosten der Gemeinschaft. Alle Tätigen haben freie Bahn. Die Staatsstellen stehen allen offen. Und in der Wirtschaft figurieren die Intelligenzen der Arbeiter und Unternehmer gleichwertig nebeneinander. Es braucht keiner mehr geringfügig auf den andern blicken. Die soziale Gerechtigkeit feiert Triumph!

Die übermäßige Vermögenskonzentration fällt fort. Am Volkserwerb beteiligen sich alle Volksgenossen. Die allgemeine Arbeitspflicht, ergänzt durch Ausschaltung der arbeitslosen Einkommen, gilt als zwingendes Recht. Der Gesamtertrag der Volkswirtschaft findet gerechte Verteilung mittels Lohnregulativ und Gewinnnormierung. Der Außenhandel muß in den Dienst der inneren Wirtschaft und der Lebensbedürfnisse einbezogen werden. So steht die Ordnung des Staatsrechts aus. Schöne Grundzüge, die gestatten, daß die Verfechter des wirtschaftlichen Liberalismus mit den Vorkämpfern des Sozialismus einträchtig zusammenwirken. Der Liberalismus wird das Erwerbsleben in Erleb und Schwung halten, während der Sozialismus, der unsre Herzen ganz erfüllt, den Erfolg zu ernten in der Lage ist.

In der Neuordnung der Dinge werden die Fachverbände und Fachgemeinschaften oder Gewerkschaften eine große Rolle spielen. Sie werden in voller Selbstverwaltung dafür sorgen müssen, daß in erster Linie das Notwendige und Lebenswichtige, dann das Nützliche und Angenehme und erst ganz zuletzt Luxus- und Überflüssiges hergestellt wird. Aus der Spekulationsproduktion muß sich eine Bedarfsproduktion entwickeln, in der die Errungenschaften des modernen Weltwandels, die Fortschritte der Technik und des Verkehrs allen beteiligten Menschen zugutekommen. Das Kapital als Träger des Güterausstausches ist zu behalten, als Erwerbsquelle aber ist der Kapitalbesitz ausgeschaltet. Die Produktion, der Wirtschaft und dem Egoismus der Kapitalisten entzogen, dient zur Substanz und Befriedigung der Volksgemeinschaft. Der Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern ist friedlich organisiert und abgemildert. Der Arbeitsmarkt, dieses Überbleibsel von Sklaverei und Hörigkeit, ist ersetzt durch den Arbeitsplan, die systematische Erteilung und zweckmäßige Einteilung aller vorhandenen Arbeitskräfte. Der letzte Überrest von Herrenmenschen- und Knechtum wandelt sich in freie Gemeinschaft von Führern und Folgenden. So wird den Gewerkschaften in Gemeinschaft mit den Betriebsräten die Möglichkeit gegeben, die gleichen Menschenrechte in die Tat umzusetzen.

Eine so gewaltige Arbeit muß auf der ganzen Erde gleichzeitig einwirken. Die internationale Staatsrechtspropaganda, Basel, Marafraße 19, macht sich zur Aufgabe, die vordringendste Idee international zu propagieren. Möge das Wirken dieser wackeren Kämpfer und Menschen von Erfolg gekrönt sein, damit sich bald Zeiten bemerkbar machen, die tatsächlich eine Erlösung aller Schaffenden aus den Fesseln des Imperialismus darstellen. Schären wir die geistigen Waffen im Kampf um unsre Befreiung aus wirtschaftlicher und sozialer Not. Die Not des Einzelnen sind die Not der Gesamtheit, deshalb ist gemeinschaftliches Handeln eine erste Bedingung!
Nordhausen. Paul Otto George.

Druckereibrand. In Esslingen wurde am 25. Oktober die Druckerei der „Esslinger Zeitung“ von einem schweren Schadenfeuer heimgesucht. Die Schmalzmaschinen und ein großer Vorrat sind vollständig vernichtet worden, zum Teil auch fertige Broschüren und Plakate. Die Druckmaschinen, worunter auch die Zeitungsdrehmaschinen, blieben vom Feuer unversehrt, wurden aber durch die starken Wassermengen in Mitleidenschaft gezogen und bedürfen, ehe sie wieder gebrauchsfähig sind, einer gründlichen Reinigung. Das Vorderhaus mit dem Seherlaale, den Kontrollräumen und zwei Wohnungen konnte gerettet werden, ebenso die stark bedrohten Nachbarhäuser, die nur durch abstürzende Balken zum Teil leichtere Beschädigungen erlitten. Der Betrieb kann notdürftig aufrechterhalten, das gesamte Personal weiterbeschäftigt werden.

Ein merkwürdiges Lesebuch der Deutschen Republik. Die „Berliner Morgenpost“ vom 22. Oktober (Nr. 271) brachte einen Leitartikel, dem wir folgenden entnehmen: „Gabriel und Supprian, Deutsches Lesebuch“, heißt das Buch, das vor uns liegt, und sein Zweck und seine Verwendung sind ersichtlich aus den folgenden Unterkleinen: Lesebuch für die Rheinprovinz, neu bearbeitet und herausgegeben im Auftrag des königlichen Provinzialschulkollegiums zu Koblenz, Ausgabe für die Regierungsbezirke Aachen, Koblenz, Köln, Erler, in drei Teilen für einjährige Schulen mit drei und vier Lehrern. Zweiter Teil, Mittelstufe. — Erhielten wir es im Jahre 1920. Indessen ist diese Ausgabe derjenigen von 1919 völlig gleich. Im Auftrag des „Königlichen“ Provinzialschulkollegiums? Wir schreiben 1920 und haben die Republik nun schon beinahe seit zwei Jahren. Ein Versehen oder eine Absicht? Der Inhalt des Buches besteht aus den üblichen Teilen „Im Haus“, „Pflichten des Kindes“ usw. Der letzte Abschnitt, „Geschichtliche Bilder“, beginnt mit Bonifatius, aber nach ein paar Seiten ist man schon bei den Hohenzollern angelangt. Hier wird nach der „Berliner Morgenpost“ „banalster Alchadolenbuzarismus“ geboten. Die Erzählungen sind in keiner Weise geeignet, auch nur irgendeinen Begriff von dem Charakter dieser Männer zu geben. In einer Geschichte wird erzählt, wie Wilhelm II. als Knabe einen barfüßigen, ärmlichen, aber reinlich gekleideten Jungen zum Solbaleispielfeld aufgemuntert habe. Die schöne Geschichte schließt: „Man braucht sich nach diesem Vorgange nicht zu wundern, daß der Prinz hernachmal's (hernachmal's ist übrigens wundervolles Deutsch für ein Lesebuch), als er Kaiser wurde, gelobte: Ich will den Armen und Bedrängten Helfer und Beistand sein.“ Neben manchem andern folgt dann noch: „Sei dir im Siegeskranz“, alle fünf Verse. Das genannte Blatt schließt: „Wir sind auf mancherlei Gefahr, was uns entgegen werden könnte: Es seien große Vorräte von dem Buche vorhanden gewesen, der Papiermangel habe die Herstellung eines neuen Lesebuchs verhindert, die Lesebücher seien im Besitz der Schüler gewesen und würden von diesen ihren Nachfolgern übergeben. Auf alle diese Einwände sind wir gefaßt. Aber alle diese Einwände sind nicht schicksalhaft. Eine Papiernot darf nicht bestehen für ein Lesebuch in einer Zeit, da sie nicht gehindert hat, daß Millionen von Werbroschüren hinausgeschleudert wurden. Und die Kosten können nicht in Betracht kommen, wenn für Minister Geld für Luxusautos vorhanden ist. Wir sind ein wenig neugierig auf die Antwort des „Königlichen“ Provinzialschulkollegiums zu Koblenz und des — beinahe hätten wir gesagt: „Königlichen“ — Ministeriums für Kultus und öffentlichen Unterricht.“ — W. a. ch.

tariffbewegung der Angestellten im Zeitungsgewerbe Münchens. Nach Mitteilungen der „Münchener Post“ wurden im Münchener Zeitungsgewerbe Tarifverhandlungen der Angestellten ergebnislos abgebrochen. Befordert waren 20 Proz. Gehaltserhöhung. Die Zeitungsvorleger waren jedoch unter keinen Umständen zu bewegen, ihr Angebot von 12 1/2 und 10 Proz. auf 15 Proz. zu erhöhen, infolge dessen ließen 2 1/2 Proz. bei Monatsgehältern von 500 bis 1100 Mk. die Verhandlungen ablehnen und damit die Gefahr eines Konfliktes wie in Berlin heraufbeschwören. Die Angestellten haben inzwischen den Schlichtungsausschuss angerufen.

Arbeitszeit und Unfall. Nach dem neuesten Jahresberichte der schächlichen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1919 ist die Gesamtzahl der bei allen Gewerbeaufsichtsämtern gemeldeten Unfälle im Jahre 1919 auf 18.150, gegen 22.357 im Vorjahr, oder 2,8 Proz. gegen 3,5 Proz. der gefährlichen Arbeiter zurückgegangen. Im Bereiche der Bergwerksaufsicht sind 5944 Unfälle (oder 13,5 Prozent) gegen 7228 (oder 17,2 Proz.) vorgelegt worden. Dieser große Rückgang der Unfälle wird von den Beamten in erster Linie auf die Verkürzung der Arbeitszeit zurückgeführt. Auch fällt hierbei ins Gewicht der Erlass der jugendlichen und weiblichen Arbeiter bei schweren und gefährlichen Arbeiten durch die vom Seeresdienst entlassenen älteren, geschulten männlichen Seemannsleute. Das zeigt zugleich, wie wichtig die Menschenökonomie im Betrieb ist, das heißt die Verwendung der geeigneten Arbeitskräfte. Nach dem Leipziger Bericht ist nicht nur die im Krieg eingetretene Steigerung der Unfallhäufigkeit mit dem Aufhöhen der Kriegsarbeit weder verschwunden, sondern das Verhältnis der Unfälle zur Summe der gefährlichen Arbeiter war sogar günstiger als im letzten Friedensjahre. Darum wird es die Arbeiterschaft nimmer dulden können, daß man die Arbeitszeit wieder heraufsetzt, wie es heute schon verschiedentlich für nötig gehalten und versucht wird.

Arbeit und Ernährung der Jugend. Professor Dr. Schelling in Frankfurt a. M. berichtet in der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege“ über das Ergebnis von fortlaufenden Messungen und Wägungen an über 5000 an sich gefundenen Kindern aller Altersstufen und aus allen

Ernährungsstufen. Er kommt hierbei u. a. zu dem Ergebnis, daß das Körpergewicht im Jahre 1916 bei den Volksschülern der Mittelstufe um 1/2 kg, bei den höherstuftierten Mittelstufen um 1 kg, bei den Lehrlingen um 1 1/2 bis 2 1/2 kg zurückgegangen ist. Diese Abnahmen haben den praktischen Wert, daß sie uns zeigen, wie wichtig gerade für die arbeitende Jugend die Ernährung ist und wie wichtig die genügende Entlohnung aus der Familienväter für die Volksgesundheit ist.

Die Lebensmittelpreise im August und September nach Calwer. Nach den uns erst jetzt zugänglichen „Monatlichen Übersichten über Lebensmittelpreise“, zusammengestellt und bearbeitet im Wirtschaftsstatistik-Bureau von Richard Calwer (Berlin W 50, Prager Straße 30) für die Monate August und September d. J. ist seit Juli d. J. eine weitere Erhöhung der Kosten für die Ernährung einer vierköpfigen Arbeiterfamilie im Reichsdurchschnitt von rund 200 Städten um 21,75 Mk. eingetreten, und zwar von 252,38 Mk. auf 273,95 Mk. Für die einzelnen Monate seit Anfang 1914 verzeichnet die Calwer'sche Statistik folgende Ziffern:

	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Januar	25,57	29,65	41,26	53,67	56,50	63,65	130,62
Feb. u. März	25,29	31,49	43,40	54,15	56,47	64,33	147,81
April	25,08	32,90	48,47	54,69	57,00	67,30	147,81
Mai	24,70	36,49	52,29	54,58	57,30	73,70	224,66
Juni	24,73	37,36	52,61	54,24	57,60	78,65	232,11
Juli	25,12	38,16	53,47	55,26	58,11	82,21	252,29
August	26,41	39,13	53,53	54,67	59,43	85,45	261,33
Sept. u. Okt.	28,14	39,93	53,55	57,37	60,84	95,67	273,95
November	27,99	41,90	53,50	54,79	61,80	100,63	—
Dezember	28,72	39,33	53,21	54,49	62,36	114,65	—

Die Preissteigerungen, die sich auf regelmäßige und gleichmäßige Erhebungen in etwa 200 deutschen Städten stützen, haben auf der Grundlage der deutschen Statistik eines deutschen Marineoldaten, wie sie vor dem Krieg gewährt wurde. Gegenüber den Ernährungskosten im September 1914 ist nach diesen Erhebungen eine Erhöhung um 247,81 Mk. oder um 98 Proz. eingetreten, besonders auffällig ist, daß die Calwer'schen Erhebungen auch für die letzten Monate d. J. nur eine fortgesetzte Steigerung verzeichnen, also von einem Nachlassen der Steigerung in keinem einzigen Monat etwas zu berichten wissen. Bezüglich der Erhebungsgrundlagen der Calwer'schen Statistik ist als Fortschritt zu verzeichnen, daß namentlich aus etwa 40 der größten preussischen Städte die städtischen statistischen Ämter direkte Berichte liefern, wodurch die Zuverlässigkeit und Beschleunigung dieser Erhebungen wesentlich begünstigt wird. — Die von Calwer selbst gestellte ununterbrochene Steigerung der Lebensmittelpreise bietet Gelegenheit zu einigen kritischen Bemerkungen bezüglich der von Calwer mit Aufseher Zählung von leber verordneten Forderung auf Befreiung jeder Art Zwangswirtschaft und restlos Einsetzen des sogenannten freien Spiels der Kräfte. Es ist denn doch zu sagen, daß mit der fortschreitenden Lockerung der Zwangswirtschaft in Wirklichkeit eine fortgesetzte Steigerung der Kosten der Lebenshaltung parallel geht. Daß also gerade das Gegenteil dessen eingetreten ist, was Calwer von seiner „freien Wirtschaft“ erwartet. Die Calwer'sche Wirtschaftstheorie hat sich demnach durch die Resultate seiner eignen statistischen Erhebungen von Woche zu Woche als vollständig verkehrt erwiesen.

Gegen die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten. In einem telegraphischen Alarmruf des New Yorker Korrespondenten des römischen Blattes „Messaggero“ wird vor der Einwanderung nach den Vereinigten Staaten dringend gewarnt. Es wird ausgeführt, daß die Vereinigten Staaten eine schwere wirtschaftliche Krise durchmachen. Täglich würden Fabriken geschlossen, und in anderen Internationen wird die Zahl der Arbeiter vermindert. Die Eisenbahnen entlassen Zehntausende von Arbeitern. So hätten allein die nach Chicago mündenden Bahnen in einer Woche 30000 Arbeiter entlassen. Die in den amerikanischen Häfen zahlreich eintreffenden italienischen Arbeiter vermehren das Meer der Arbeitslosen und verschärfen die schon bedrohliche Krise. In einem dem Messaggero angefügten Artikel teilt die Redaktion des „Messaggero“ mit, daß vom 1. Januar d. J. bis Ende September nicht weniger als 600000 Pässe an Auswanderer ausgestellt wurden; von den Auswanderungsbefähigten haben bisher 300000 das Land verlassen, die übrigen konnten noch nicht abreisen, weil es an Schiffen plähen fehlte.

Briefkasten

F. R. in B.: Da die Zeit für eine aussehende und zweckmäßige Stellungnahme aller in Frage kommenden Kreise zu diesem Beschlusse viel zu kurz ist, haben wir in seiner Veröffentlichung keinen praktischen Wert. Solche Dinge können nicht aus dem Handgelenke erledigt werden. Außerdem sehen wir nicht ein, warum in dieser rein wirtschaftlichen Angelegenheit die Gewerkschaften nur „eine nichtige Funktion“ haben sollten. Es fehlt übrigens auch eine langgemähte Beachtung des § 1 des Verbandsstatuts, der doch nicht für den alleinigen Zweck geschaffen wurde. Daher auch keine! — Fr. B. in B. (Mtg.): Diese Frage ist für die Leser des „Kerr“ schon zu Genüge geklärt und wird auch in ihm im Sinne richtig durchgeführt. Eine nochmalige Aufrollung ist deshalb nicht nur überflüssig, sondern mit Rücksicht auf die Gegenströmung arbeitserföhrlicher Kreise auch gar nicht empfehlenswert. Daher abgelehnt! — A. S. in B.: Wird aufgenommen. — A. A. in C. L. S.: Der Artikel hat sich auf eine ganz falsche Adresse. Der von Ihnen angezogene Artikel „Qualitätsfragen“ in Nr. 120 stellt doch nur eine scharfe Satire gegen den Artikel „Zur Qualitätsabnahme in den Gewerkschaften“ in Nr. 118 dar. Wenn Sie diese letzteren Artikel richtig gelesen hätten, müßten Sie einsehen, daß Sie mit Ihrer Punkte gegenüber dem Artikelverfasser in Nr. 120 einen Säuren einrennen. Der Verfasser des letzteren steht hingegen ganz auf dem richtigen Standpunkte und hat sich in Nr. 118 überaus nicht gelassen oder es fehlt Ihnen an Qualifikation zur Unterzeichnung dieser Erörterung. Wir sind daher geneigt, den „brüderlichen“ Einseitigkeit abzuweisen. — A. O. in B.: Wird aufgenommen. — A. M. in S. (Mtg.): 600 Mk. — A. in B. (Mtg.): 900 Mk. — W. A. in C.: Von B. noch keine Angabe angekommen. — W. O. in Halle a. S.: Wird wunschgemäß eingeleitet. Groß, Ernst!

Rundschau

Nachahmensewerte Beispiele. Die Buchdruckerei Joh Müller in Eberswalde spendete der Krankengeldzuschusskasse unres dortigen Ortsvereins den Betrag von 100 Mk. Der Inhaber der Offenholzerischen Buch- und Kunstdruckerei in Straubing (Nordbayern), Herr G. A. Huber, gewährte keinem Personal einen größeren Vorlass zur Karloffestversorgung für den kommenden Winter. — In Freiburg im Breisgau gewährte die Buchdruckerei Poppen & Drsmann („Freiburger Zeitung“) auch in diesem Jahr ihrem Gesamtpersonal eine Karloffestzulage, und zwar 100 Mk. für Verheiratete, 50 Mk. für Ledige und 25 Mk. für Lehrlinge; Hilfsarbeiter, Buchbinderepersonal sowie Angestellte erhielten ebenfalls Zulagen in Höhe von 30, 40, 75 und 100 Mk. Im vorigen Jahre zahlte die Firma eine Wirtschaftsbefähigung in doppelter Höhe. In Betracht kommen etwa 100 Gehaltsangaben.

Freies Nachahmensewerte für reisende Kollegen. Die Mittelständlichen Altersleben und Nordhausen während den durchreisenden Kollegen freies Nachahmensewerte und Frühstück, ferner die Mittelständliche Würzburg ab 1. November einmaliges freies Nachahmensewerte im Gasthaus „Zum Strauß“, Juliuspromenade 5.

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. Als Stadtverordneter wurde in Breslau Kollege Erdmann Baruska gewählt.

Abgelegte Meisterprüfung. In Breslau bestand der Maschinenlehre Artur Bernhardt die Meisterprüfung.